

HERAUSGEBER
NORDRHEIN-
WESTFÄLISCHER
STÄDTE- UND
GEMEINDEBUND



3 54. JAHRGANG
MÄRZ 2000

STÄDTE UND GEMEINDERAT

INDUSTRIEKULTUR

BUCHFÜHRUNG

FÖRDERPROGRAMME





STÄDTE UND GEMEINDERAT

DIE FACHZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNAL-UND
LANDESPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Wozu der alte Krempel, denken viele, wenn irgendwo eine halbverfallene Fabrikhalle einem schicken Neubau im Weg steht. Die Überreste vergangener Epochen sind auf den ersten Blick lästig, wenn sie attraktive Standorte blockieren.



Dann aber erkennt man, daß manche Gewerbehalle, manches Werksgelände mit einigen Umbauten für moderne Nutzungen bestens geeignet ist. Die Art und Weise, wie Menschen früher ihr Brot verdient haben, ist ein Stück

Alltagskultur, die es zu sichern gilt.

Zugegeben: In den Fabriken und Büros heute zählen allein Mark und Pfennig. Nur das Allerneueste hat vor dem globalen Kostendruck Bestand. Um so mehr ist es Kommunen und Bürgern aufgegeben, die Zeugnisse früherer Arbeitswelten zu erhalten und historisch aufzuarbeiten.

Geld spielt dabei nicht die entscheidende Rolle. Unternehmen, Privatleute, Städte und Gemeinden können zusammenwirken bei der Erhaltung typischer Standorte - sei es als Museum oder als Heimstatt der viel beschworenen Zukunftsindustrien.

Fr. W. Keimig

Geschäftsführendes Präsidialmitglied NWStGB

INHALT

54. Jahrgang
März 2000

NEUE BÜCHER UND MEDIEN	4
NACHRICHTEN	5

Thema: Jahr der Industriekultur 2000

BARBARA BALTSCH Die Kampagne "Europa, ein gemeinsames Erbe"	6
RAINER KLENNER Das Jahr der Industriekultur 2000 in Nordrhein-Westfalen	8
Porträt Stiftung Industriedenkmalpflege	10
BIRGITTA RINGBECK Denkmalschutz zwischen Vision und Sachzwang	11
ANDREAS WOHLAND Von der Industrieruine zum Technologiezentrum - Zeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg	14
ROBERT LAUBE Die Henrichshütte Hattingen - ein Museumspark im Werden	16
Was findet statt im Jahr der Industriekultur 2000?	18
Das Papiermuseum in Bergisch Gladbach	20
FRANK STEIN Von der Kameralistik zur Doppik	21
HELMUT BREUER TheaterZeitReise zur 800-Jahr-Feier in Warendorf	24
Managementsysteme und Zertifizierung in Abwasserbetrieben	26
Beschlüsse des NWStGB-Präsidiums am 02. Februar 2000	27
ROLAND THOMAS, TALKE FRIEMANN Die neue EU-Förderperiode 2000 - 2006	28

RECHTSPRECHUNG

Gericht in Kürze	30
PERSÖNLICHES	30

Titelbild: ehemalige Lohnhalle der Zeche Carolus Magnus Übach-Palenberg
Foto: CMC Übach-Palenberg



Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens 1999

Informationen aus der amtlichen Statistik, hrsg. vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Preis DM 15,-, Bestell-Nr. Z 04 1 9900, zu beziehen beim LDS NRW, Vertrieb, Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf oder per Fax: 0211-44 20 06



Der Tabellenband, der jährlich zum Jahreswechsel erscheint, enthält die wichtigsten statistischen Daten zu allen 396 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Die Statistik gibt unter anderem Auskunft über die Katasterfläche

nach Nutzungsarten, die Bevölkerungsbewegung und die Altersstruktur, über Wahlen, Allgemeinbildende Schulen, Beschäftigte, Landwirtschaftliche Betriebe, Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau, den Kraftfahrzeugbestand und die Anzahl der Unfälle, den Bestand an Wohnungen, das Neubau-Volumen sowie die Gemeindefinanzen.

Kommune und Internet

Strategische Überlegungen und Hilfen zur Umsetzung, Bericht der KGSt Nr. 1/2000, 68 Seiten, DIN A 4, zu bestellen bei der KGSt unter Telefax 0221-37 68 959 oder per e-mail unter kgst@kgst.de

Das Internet wird von immer mehr Menschen genutzt. Allein in Deutschland surfen fast zehn Millionen Bürger im world-wide-web. Diesen Trend haben auch die Kommunen erkannt und präsentieren sich im Internet.

In dem klar gegliederten Bericht zeigen die Autoren Dr. Marianne Wulff und Dr. Peter Blönnigen, wie die Internet-



Technologie in das strategische Management der Kommune einzubinden ist, welche Ziele die Technologie unterstützt, welche Schwerpunkte auf der Leitungsebene zu setzen sind und wie die Umsetzung und Steuerung aussehen könnte. Darüber hinaus gibt der Bericht konkrete Hilfen für die Nutzung der Internet-Technologie. Dazu gehören unter anderem: das Rollenverständnis klären, Ziele und Zielgruppen bestimmen, Produkte und Leistungen definieren, Finanzierung sicherstellen, Rahmenbedingungen schaffen und Erfolgskontrolle durchführen.

Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Broschüre der Bundesregierung, kostenlos erhältlich beim Bundesverwaltungsamt, Referat VII A 2, 50728 Köln, Tel.: 0221-7581722, e-mail: bbb@bva.bund.de.

Am 1. Dezember 1999 hat die Bundesregierung das Programm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ beschlossen. Leitbild des Programms ist der akti-

vierende Staat. Ziel ist es, den Staat dem gewandelten Staatsverständnis und den sich verändernden Aufgaben von Regierung und Verwaltung anzupassen. Die Bundesregierung will die Eigenverantwortung des Einzelnen stärken und die Selbststeuerungspotentiale der Gesellschaft fördern.

Das Programm wird durch 15 Leitprojekte und 23 weitere Projekte in der gesamten Bundesverwaltung verwirklicht. Es erstreckt sich auf die vier Reformbereiche „Höhere Wirksamkeit und Akzeptanz von Recht“, „Der Bund als Partner“, „Leistungsstarke, kostengünstige und transparente Verwaltung“ sowie „Motivierte Beschäftigte“.

Für die Umsetzung des Programms wurde der Staatssekretärsausschuss „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ unter Leitung von Brigitte Zypries, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, eingesetzt. Unterstützt wird der Ausschuss durch eine Stabsstelle.

Aktuelle Informationen zum Programm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ und die Möglichkeit zum Dialog mit der Bundesregierung bietet im Internet die Homepage www.staat-modern.de.

Haftung der Kommunen bei Verletzung der Verkehrssicherungspflicht

Leitfaden mit Musteranweisungen zur Organisation der Haftungsvermeidung, von Carsten Rotermond, Referent bei der Versicherungskammer Bayern. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage 1999, 135 Seiten, 15,8 x 23,5 cm, kartoniert, DM 38,-/Euro 19,43/öS 277,-/sfr 35,-. ISBN 3 503 04830 8. Erich Schmidt Verlag Berlin/Bielefeld/München

Die aktualisierte und erweiterte zweite Auflage gibt einen umfassenden Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen bei Verletzung der Verkehrssicherungspflicht. Der Autor legt in dieser Publikation die Erfahrung aus seiner Tätigkeit als Schadensreferent einer kommunalen Haftpflichtversicherung und die Auswertung von mehr als 180 teils unveröffentlichten Urteilen zu-

grunde. Gegenüber der Voraufgabe wurden mehr als vierzig neue Gerichtsentscheidungen und Veröffentlichungen eingearbeitet. Behandelt werden Probleme aus nahezu allen Bereichen der kommunalen Verkehrssicherung, von Schäden durch überstehende Kanaldeckel bis hin zu Parkettböden in öffentlichen Gebäuden. Einen Schwerpunkt bildet die Straßenverkehrssicherheit, insbesondere die Räum- und Streupflicht.

Das Buch richtet sich vornehmlich an Personen - auch Nichtjuristen -, die in der Praxis mit Schadenersatzforderungen gegen eine Kommune zu tun haben. Insbesondere soll das Werk dazu beitragen, die Schädigung Dritter durch kommunale Tätigkeiten und daraus resultierende Forderungen zu vermeiden.



Moers feiert 700 Jahre Stadtrechte

Moers - Die frühere Bergbaustadt am Niederrhein feiert in diesem Jahr einen „runden Geburtstag“. Vor 700 Jahren bemühte sich Graf Dietrich von Moers beim Deutschen König Albrecht I. um die Stadtrechte für die Siedlung Moers. Er erhielt das Privileg, und der Ort entwickelte sich zu einem regionalen Zentrum. Zum Jubiläum bietet die Stadt eine Fülle von Sonderveranstaltungen, etwa einen Vortrag über eisenzeitliche Besiedlung in Moers-Hülsdonk (22. März) oder eine Ausstellung über die Geschichte der Kirchen im Moerser Stadtzentrum. Das eigentliche Jubiläumsfest findet an einem Wochenende vom 22. auf den 23. Juli statt.

Bürger und Bürgerinnen diskutieren über den Haushaltsplan

Mülheim/Ruhr - Nicht nur Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder diskutieren in diesem Jahr den Haushaltsplan der Stadt Mülheim/Ruhr. Sämtliche Bürger und Bürgerinnen wurden Ende Januar aufgefordert, sich über die kommunalen Finanzen Gedanken zu machen. Für zwei Monate soll nun über politische und finanzielle Schwerpunkte des Etats gestritten werden. Die Ergebnisse der Gespräche zwischen Bürgern und Experten sollen Ende März dem Rat als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Initiative, den oft schmerzhaften Haushaltsentscheidungen eine breitere öffentliche Basis zu verschaffen, gibt es mittlerweile an verschiedenen Orten in Deutschland.

Gute Neun-Monats-Bilanz für Busse und Straßenbahnen in NRW 1999

Mülheim/Ruhr - Von Januar bis September 1999 fuhren die Menschen in NRW mehr Bus und Straßenbahn als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der beförderten Personen stieg geringfügig um 0,5 Prozent auf 1,36 Milliarden. Dabei wurden deutlich höhere Einnahmen erzielt als 1998: mit 1,9 Milliarden Mark eine Steigerung von 4,1 Prozent. Diese Zahlen hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW aus einer Befragung von Unternehmen, die mindestens sechs Busse oder Straßenbahnen betreiben, gewonnen.

Regio-Bahn bald im 20-Minuten-Takt

Kaarst/Mettmann - Die Regio-Bahn zwischen Kaarst und Mettmann, die seit Ende September 1999 im Großraum Düsseldorf verkehrt, soll zum 1. Juni diesen Jahres auf 20-Minuten-Takt umgestellt werden. Bisher fährt die Bahn nur stündlich auf der 36 Kilometer langen Strecke. Derzeit wird die Verbindung täglich von rund 5000 Personen genutzt. Mittelfristig soll diese Zahl auf 16.000 Personen steigen, erwartet die Betriebsgesellschaft der anliegenden Kreise und Kommunen.

Mehr Plätze für junge Menschen im Freiwilligen Ökologischen Jahr

Düsseldorf - Von September 2000 an werden 140 Plätze für Interessenten des Freiwilligen Ökologischen Jahres in NRW zur Verfügung stehen. Vor fünf Jahren, beim Start des Projektes, waren es 50 gewesen. Derzeit leisten 120 Jugendliche ehrenamtliche Arbeit im Dienste des Umweltschutzes, wie das NRW-Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit mitteilt. Einsatzfelder für das Freiwillige Ökologische Jahr sind vorzugsweise Garten- und Landschaftspflege, Biotop- und Artenschutz sowie landwirtschaftliche Biobetriebe. Seit 1995 haben rund 430 Jugendliche in NRW an diesem Programm teilgenommen - fast zwei Drittel davon Haupt- und Realschüler.

Flächendeckendes Internet-Surfen in den Bibliotheken von NRW

Düsseldorf - Die Ausstattung der größeren öffentlichen Bibliotheken in NRW mit Internet-Zugang ist nahezu abgeschlossen. Fast alle der annähernd 200 Medienzentren mit hauptamtlicher Leitung verfügten jetzt über entsprechende Computer, Software und online-Verbindung. Das Land gab dafür Zuschüsse von 1,3 Millionen Mark in den zurückliegenden drei Jahren.

Menschen lassen weniger Geld in Cafés, Restaurants und Hotels

Düsseldorf - Im Herbst 1999 lag der Umsatz der Gastwirtschaften in NRW - Preissteigerungen einbezogen - um 3,3 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Discotheken und Tanzlokale (Minus 14,3 Prozent) sowie Cafés (Minus 6,4 Prozent) mußten die stärksten Einbußen hinnehmen. Auch Hotels und Restaurants mit konventioneller Bedienung nahmen fast fünf Prozent weniger ein. Dafür schnellte binnen eines Jahres der Umsatz der Eisdielen um fast 19 Prozent in die Höhe. Zulegen konnten zwischen Oktober 1998 und Oktober 1999 auch Restaurants mit Selbstbedienung (Plus 4,3 Prozent). Analog zur Umsatzentwicklung fiel in einem Jahr jede zehnte Stelle im Gastgewerbe weg.

Private Fotoalben von Bergleuten im Museum zu besichtigen

Bergkamen - „Unten schwarz und oben hell“ - Eine Ausstellung mit diesem ungewöhnlichen Titel lockt Interessierte bis 28. Mai in das Stadtmuseum Bergkamen. Dabei werden Fotos aus privaten Alben sowie Fotosammlungen Bergkamener Bergleute gezeigt. Auf rund 1000 Aufnahmen sind Alltagsszenen vom Arbeitsplatz, aus der Familie, aus Freizeit und Sport dokumentiert. Seit August 1999 hatte das Museum für diese Ausstellung Fotos von Bergkamener Bürgern und Bürgerinnen gesammelt.



„Verbindendes“ Denkmal: Die Eisenbahnbrücke von 1864 über den Altrheinarm bei Griethausen erinnert an die Frühzeit des Eisenbahnverkehrs

steht die Erkenntnis, dass nur eine enge Verbindung und ein gegenseitiges Verständnis unter den europäischen Völkern für Demokratie und Frieden sorgen kann.

■ KULTURKONVENTION 1954

Die Erhaltung des kulturellen Erbes stand von jeher ganz oben auf der Prioritätenliste des Europarates. Bereits 1954 einigte sich die Staatenorganisation verbindlich auf einen Arbeitsrahmen in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur, kulturelles Erbe, Jugend und Sport. Diese Europäische Kulturkonvention haben neben den 41 Mitgliedstaaten des Europarates mittlerweile auch die sechs Staaten ratifiziert, die sich an der aktuellen Kampagne beteiligen.

Offiziell eröffnet wurde die Kampagne in der Zeit vom 10. bis 13. September 1999 in Bukarest und Sibiu (Rumänien). Nahezu gleichzeitig wurde in den meisten Mitgliedstaaten an den „Europäischen Tagen des Kulturerbes“ (European Heritage Days) der Startschuß gegeben.

Diese 1991 vom Europarat ins Leben gerufenen Aktionstage sind zu einem herausragenden Kulturereignis an den September-Wochenenden geworden. Im vergangenen Jahr besuchten rund 20 Millionen Menschen in 45 Ländern fast 30.000 Kulturdenkmäler. In Deutschland, das sich seit 1993 mit dem „Tag des Offenen Denkmals“ an der Bewegung beteiligt, hatten 5.500 historische Bauten in mehr als 2.000 Kommunen für das Publikum geöffnet.

Die Kampagne „Europa, ein gemeinsames Erbe“ läuft ein Jahr und findet ihren Abschluss im Herbst 2000 mit einer Konferenz der für das Kulturerbe zuständigen Minister in Ljubljana/Slowenien. Bis dahin finden zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Projekte statt. Bisher sind dem Europarat 450 Einzelprojekte gemeldet worden.

■ DREI AKTIONSEBENEN

Die Kampagne stützt sich auf drei Aktionsebenen: internationale Ereignisse, transnationale Projekte sowie regionale und lokale Aktionen. Umgesetzt werden sie

Europa im Zeichen des kulturellen Erbes

Im Rahmen der Europarats-Kampagne „Europa, ein gemeinsames Erbe“ finden bis Herbst 2000 in 47 europäischen Ländern Aktionen zur Erhaltung und Förderung des kulturellen Erbes statt

Das „Jahr der Industriekultur“ des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutender Beitrag zur Kampagne „Europa, ein gemeinsames Erbe“, zu welcher der Europarat im Jahr 2000 anlässlich seines 50-jährigen Bestehens im vergangenen Jahr und anlässlich des 25. Jahrestages des Europäischen Denkmalschutzjahres in diesem Jahr aufgerufen hat. Doch nicht der einzige: an der Kampagne beteiligen sich neben den 41 Mitgliedsländern der Staatenorganisation auch Armenien, Aserbaidschan,

Belarus (Weissrussland), Bosnien-Herzegovina, Monaco und der Vatikan.

Nach dem vom Europarat initiierten „Europäischen Denkmalschutzjahr“ 1975 soll auch diese Kampagne den Bürgerinnen und Bürgern in Europa den Reichtum und die Vielgestaltigkeit ihres gemeinsamen kulturellen Erbes näher bringen. Gleichzeitig sollen die mehr als 800 Millionen Bewohner der Mitgliedstaaten für die Kulturen, Ideen und Traditionen sensibilisiert werden, die miteinander verbinden.

Auf diese Weise hofft man, nationalistische Tendenzen, die gelegentlich auch durch die Unterschiedlichkeit des Kulturgutes genährt werden, abzubauen. Dahinter

DIE AUTORIN

Barbara Baltsch ist freie Europa-Journalistin in Kerpen

durch verschiedene Projekte auf lokaler, regionaler, nationaler und zwischenstaatlicher Ebene sowie in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), dem Institut für Europäische Kulturstraßen in Luxemburg, der Europäischen Stiftung für Denkmalschutzberufe sowie weiteren Institutionen und privaten Trägern.



Zu den Projekten gehören beispielsweise Veranstaltungen rund um das Thema „kulturelles Erbe aus der Entwicklung des Tourismus“, die Eröffnung von Kulturstraßen, die Vorstellung historisch bedeutender Städte, Veranstaltungen auf nationaler Ebene unter Einbeziehung der wichtigsten religiösen Kultstätten sowie die Zusammenstellung des europäischen musikalischen Erbes.

■ 600.000 MARK VON DER EU

Speziell mit der Europäischen Union werden einige Projekte durchgeführt. Dazu zählen die Europäischen Tage des Kulturerbes, eine Route der alten Universitäten, die kunstgewerblichen Manufakturen in Europa, ein Panorama des Europäischen Musikerbes sowie ein internationaler Foto-



wettbewerb. Im Rahmen des Programms RAPHAEL zur Erhaltung des kulturellen Erbes hat die EU für diese Projekte 300.000 Euro - umgerechnet fast 600.000 Mark - bereitgestellt.

Organisiert werden die Projekte und Aktionen von nationalen Komitees oder Gremien. Zur Unterstützung der Kampagne hat der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat, dem auch Vertreter der deutschen kommunalen Spitzenverbände angehören, im Oktober 1999 eine „Arbeitsgemeinschaft der historischen Städte und Regionen“ gegründet. Diese neue Organisation mit Sitz im britischen Norwich soll Netzwerke und Vereinigungen historischer Städte aus ganz Europa zusammenbringen.

■ JAHR DER INDUSTRIEKULTUR

Deutschland beteiligt sich mit dem „Jahr der Industriekultur 2000“ an der Europarats-Kampagne. Die Federführung hat das Land Nordrhein-Westfalen, das wie kein anderes Land in Deutschland und kaum eine andere Region in Europa über zahlreiche Denkmäler der Technikgeschichte verfügt. Bundesweit sind 33 Aktionen und Projekte geplant.

Dem Thema Industriekultur haben sich aber auch andere Staaten verschrieben. Im Rahmen der Europarats-Kampagne legen Schweden und Andorra den Schwerpunkt auf das industrielle Erbe. Aber auch Frankreich, Belgien, Liechtenstein und die Schweiz werden konkrete Projekte und Aktionen zur Industriekultur in die Wege leiten.

■ ROUTE DER INDUSTRIEKULTUR

Ein grenzüberschreitendes Projekt, das weit über den Horizont der Europarats-Kampagne hinausgeht und mit Mitteln der EU gefördert wird, ist die geplante „Europäische Route der Industriekultur“. Ausgehend von der Route der Industriekultur im Ruhrgebiet, die im Mai vergangenen Jahres mit 19 touristisch bedeutenden Zielen eröffnet wurde, entstand die Idee, diese Route weiterzuentwickeln und mit anderen bedeutenden europäischen Industriedenkmälern von touristischem Reiz zu einer europaweiten Route zu verknüpfen.



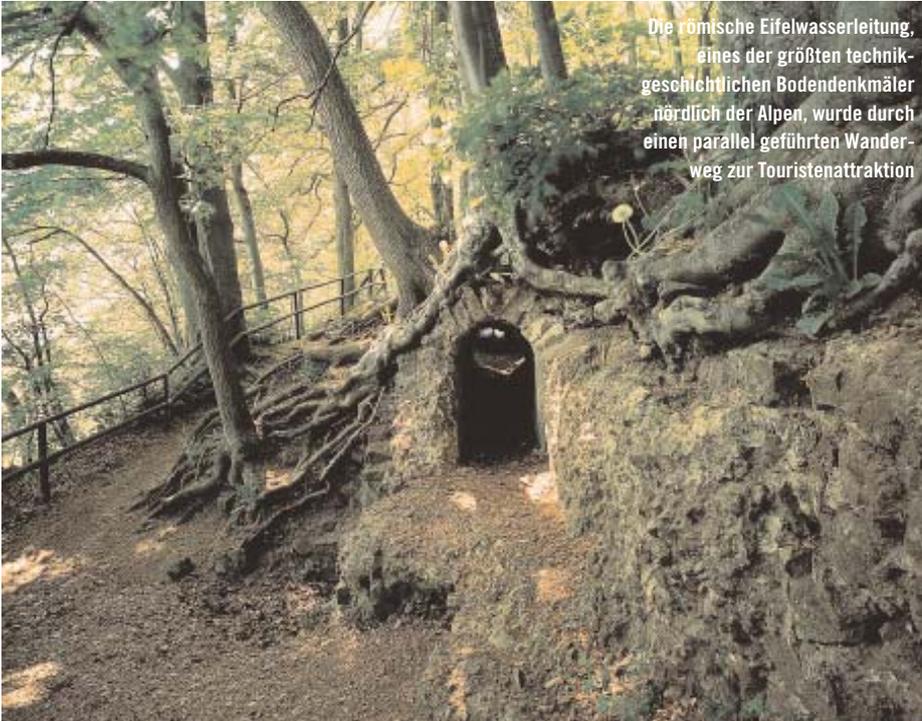
Beginnen soll die Route an einem herausragenden Ort in Großbritannien, dem Geburtsland der Industrialisierung. Von dort aus soll sie über die Niederlande, Belgien und Luxemburg weiter nach Frankreich, Spanien, die Schweiz und nach Norditalien führen. Von dort aus soll sie Österreich, Tschechien, Polen und die baltischen Staaten verbinden. Auch ein Abstecher nach Russland ist vorgesehen, bevor die Route schließlich über Schweden und Dänemark sowie mehrere Regionen Deutschlands ins Ruhrgebiet vorstößt, das den zweiten End- oder Startpunkt der „Europäischen Route der Industriekultur“ bilden soll.

Zur Verwirklichung dieses ehrgeizigen Projektes sollen zunächst die Industrieregionen in England, den Benelux-Staaten sowie dem Saarland und Nordrhein-Westfalen in einer Teilroute verbunden werden. Dafür wird bis Ende 2001 eine Machbarkeitsstudie erstellt, die bereits exemplarische Lösungen für die gesamteuropäische Route ab 2003 hervorbringen soll.

Gefördert wird das bereits angelaufene nordwest-europäische Projekt durch die Europäische Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Verwirklichung der gesamteuropäischen Route wäre dann mit Hilfe des neuen INTERREG-III-Programms möglich, das mehr als bisher die Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa in den Vordergrund stellt. ●



Zeitreise durch Industrie- und Technikgeschichte



Die römische Eifelwasserleitung, eines der größten technikgeschichtlichen Bodendenkmäler nördlich der Alpen, wurde durch einen parallel geführten Wanderweg zur Touristenattraktion

Foto: A. Thünker / DGPH

Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit dem „Jahr der Industriekultur 2000“ an der Europarats-Kampagne „Europa, ein gemeinsames Erbe“

Vor 25 Jahren, im Jahr 1975, wurde auf Initiative des Europarates das „Europäische Denkmalschutzjahr“ begangen. Dieses Jubiläum sowie der 50. Gründungstag des Europarates im Jahre 1999 haben die Regie-

DER AUTOR

Rainer Klenner ist Leiter des Referates Industriekultur im NRW-Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Kampagne unter dem Titel „Europa, ein gemeinsames Erbe“ werden folgende Ziele verfolgt:

- Menschen überall in Europa für den Reichtum ihres kulturellen Erbes sensibilisieren
- die wirtschaftlichen Ressourcen dieses Erbes für eine nachhaltige Entwicklung herausstellen

- Bürger und Bürgerinnen zu ehrenamtlicher Arbeit auf dem Gebiet des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege ermutigen
- durch grenzüberschreitende Aktivitäten in diesen Bereichen die Einigung Europas voranbringen.

Der deutsche Beitrag zu der Europarat-Kampagne ist auf Vorschlag Nordrhein-Westfalens das „Jahr der Industriekultur 2000“. Das industriekulturelle Erbe als Schwerpunktthema einer solchen Kampagne einzubringen, bietet sich für das Land Nordrhein-Westfalen geradezu an, denn kein anderes Bundesland - und kaum eine andere Region in Europa - verfügt über solch zahlreiche Bau- und Bodendenkmäler der Industrie- und Technikgeschichte wie die Gegend zwischen Rhein und Weser.

Trotz der enormen strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte verbindet sich mit Nordrhein-Westfalen immer noch das Bild der Montan- und Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Doch bereits vor Industrialisierung des Ruhrgebietes erlebten andere Wirtschaftszweige ihre Blütezeit.

Die Betriebe dieser Branchen mit ihrer kleingewerblichen Struktur repräsentieren ebenso die industrielle Entwicklung ihrer Region. Industrie- und Technikdenkmäler dokumentieren die Geschichte der Arbeit von den Anfängen in vorindustrieller Zeit bis zur Schwerindustrie der Gegenwart. Sie sind daher wichtige Zeugnisse der Wirtschafts-, Sozial-, Industrie- und Technikgeschichte von Nordrhein-Westfalen.

■ SCHUTZ VON INDUSTRIEDENKMÄLERN

Der Schutz und die Bewahrung von Industrie- und Technikdenkmälern ist besonderes Anliegen der nordrhein-westfälischen Denkmalpflege. Durch die Darstellung der industriellen Entwicklung und ihrer typischen, oft stadtbild- und landschaftsprägenden Architektur sowie die Dokumentation der Schicksale von Unternehmern und Arbeitern über viele Generationen ist dieser Bereich der Denkmalpflege besonders geeignet, das gemeinsame europäische Erbe im Sinne der Europarat-Kampagne zu beleuchten.

Das „Jahr der Industriekultur 2000“ soll vor allem dazu beitragen, die Akzeptanz gegenüber den Denkmälern der Industrie und Technik zu erhöhen und die Öffentlichkeit von den ökonomischen und ökologischen Vorteilen zu überzeugen, die aus der sinnvollen Nutzung dieser Denkmäler im Rahmen eines Konzeptes nachhaltiger Entwicklung erwachsen.

Industriedenkmalpfleger haben es schwer: Kein Bereich der Denkmalpflege sieht sich mit solch einschneidenden Entwicklungen und Veränderungsprozessen konfrontiert. Produzierende Unternehmen müssen oft kurzfristig auf technologische Neuerungen und Marktentwicklungen reagieren. Produktionsanlagen mit Gebäuden und Maschinen werden in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen gegen modernere ausgetauscht.

Der Denkmalwert eines wenige Jahre oder Jahrzehnte alten Objektes läßt sich gewöhnlich nur schwer einschätzen und vermitteln - ganz abgesehen davon, dass eine Unterschutzstellung häufig als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung und als Wettbewerbsnachteil dargestellt wird, und immer wieder von der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die beabsichtigte Unterschutzstellung die Rede ist.

In der Regel sind aber auch bei nicht mehr genutzten Objekten Widerstände zu

überwinden, sobald sich die Frage des Denkmalschutzes stellt. Voluminöse, zu meist instandsetzungsbedürftige Anlagen, hohe Restaurierungskosten und fehlende Nutzungsmöglichkeiten schrecken ab.

MOTOR IM STRUKTURWANDEL

Gleichwohl kann anhand vieler Projekte eindrucksvoll veranschaulicht werden, dass die Erhaltung und neue Nutzung von Industrie- und Technikdenkmälern ein Motor im Strukturwandel ist. Neue Räume für Handel und Gewerbe, Handwerk und Industrie, Wohnen und Freizeit, Kunst und Kultur sind entstanden - und rechnen sich. Sie sind ein Gewinn für ein Unternehmen, eine Gemeinde oder eine Region. Als so genannte weiche Standortfaktoren sind sie zudem unerlässlich für die Ansiedlung moderner Industrien und zukunftsicherer Arbeitsplätze.

Industrie- und Technikdenkmäler, die „Kathedralen der Arbeit“, prägen das Profil einer Landschaft, deren Reiz zunehmend von der Tourismuswerbung entdeckt wird. Als Beispiele seien die Ende Mai 1999 im Ruhrgebiet eröffnete „Route der Industriekultur“, die im Herbst 1999 auf den Ennepe-Ruhr-Kreis und die Stadt Hagen erweiterte „Märkische Straße Technischer Kulturdenkmäler“ oder der bereits seit Jahren etablierte „Mühlenkreis Minden-Lübbecke“ angeführt.

Seit mehr als zehn Jahren ist der Wanderweg entlang der römischen Eifelwasserleitung - einer der längsten Aquädukte der Antike und eines der größten technikge-

schichtlichen Bodendenkmäler nördlich der Alpen - beliebtes Ausflugsziel. Der im „Jahr der Industriekultur 2000“ von den nordrhein-westfälischen Regionalverbänden des Automobilclubs ADAC gemeinsam mit dem Tourismusverband NRW von März bis Oktober veranstaltete Tourismuswettbewerb führt zu 40 dieser touristisch interessanten Industrie- und Technikdenkmälern.

Herausragende, teilweise spektakuläre Beispiele für die Wiederbelebung und Nutzung von Industrie- und Technikdenkmälern wurden im vergangenen Jahr beim Abschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher-Park vorgestellt. Mit dem „Jahr der Industriekultur 2000“ soll aufgezeigt werden, dass es auch außerhalb der Emscher-Region - im ganzen Land Nordrhein-Westfalen - eine große Anzahl von Industrie- und Technikdenkmälern gibt, die Aufmerksamkeit verdienen.

VIEL EHRENAMTLICHE ARBEIT

Viele, insbesondere die „kleinen“ vor- und frühindustriellen sowie die technikgeschichtlichen Bau- und Bodendenkmäler werden mit bewundernswertem Engagement von Initiativen, Vereinen und Privatleuten gepflegt und können somit erhalten werden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich der lokalen Geschichte und Denkmalpflege widmen, arbeiten zugleich in regionalen oder überregionalen Initiativen mit.

Stellvertretend für viele, die sich mit Aktivitäten am „Jahr der Industriekultur

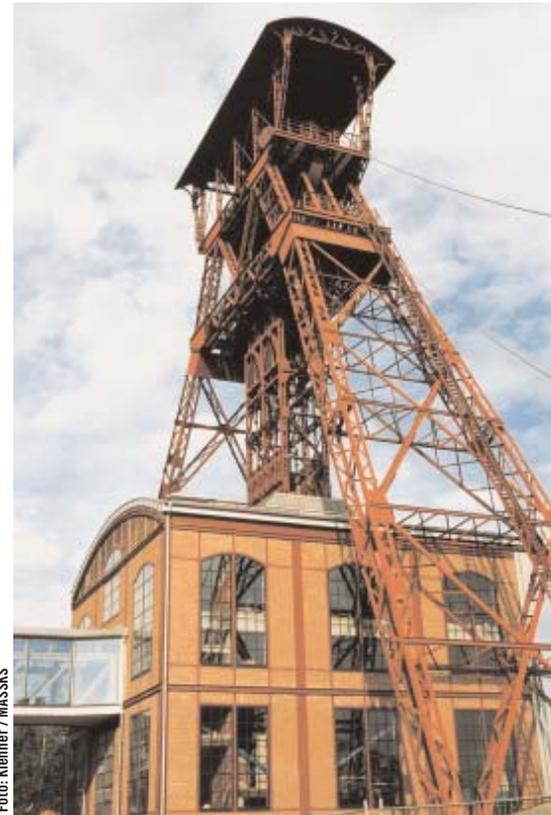


Foto: Kienner / MASSKS

Die ehemalige Schachthalle mit Fördergerüst in Moers-Hochstraße, heute als Gaststätte genutzt

2000“ beteiligen, seien die nordrhein-westfälischen Landesverbände der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung (DGM) e.V., das Netzwerk Industriekultur Bergisches Land e.V., das Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher e.V. sowie der Förderverein Bergbauhistorischer Stätten Ruhrrevier e.V. genannt.

Informationen zur Europarat-Kampagne und zum Jahr der Industriekultur 2000

INTERNET:

Europa, ein gemeinsames Erbe:

<http://culture.coe.fr/postsummit/pat/en/epatrimoine.htm>

Jahr der Industriekultur 2000:

<http://www.industriedenkmal-stiftung.de/frsub6.htm>

BROSCHÜREN:

Broschüre „**Europäisches Erbe**“, herausgegeben vom Kulturerbe-Dienst, Europarat, 67075 Strasbourg Cedex / Frankreich

Sonderausgabe Europarat-Kampagne der Denkmalschutzinformationen (September/1999), her-

ausgegeben vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Geschäftsstelle, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn, Tel. 0 18 88 / 6 81 - 0

Faltblatt „**Veranstaltungen im Jahr der Industriekultur 2000**“, herausgegeben von der Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, Kokerei Hansa, Emscherallee 11, 44369 Dortmund, Tel. 02 31 / 93 11 22 - 0

Broschüren „**Aufbruch statt Abbruch. Industriedenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen**“ (Veröffentlichungsnummer 1296) und „**Neue Spielorte in Nordrhein-Westfalen**“ (Veröffentlichungsnummer 1328), beide herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen,

schriftlich zu bestellen (per Fax oder Postkarte) bei GWN GmbH, Herrn Wendlinger, Am Krausenbaum 11, 41464 Neuss, Fax: 0 21 31 / 74 50 21 32.

Broschüre „**Abenteuer Industriekultur. Das Jahresmagazin der Industriekultur**“, herausgegeben von der Ruhrgebiet Tourismus GmbH, Königswall 21, 44137 Dortmund, Tel. 02 31 / 18 16 186, Fax: 02 31 / 18 16 188

Broschüre „**Tagesexkursionen zum Jahr der Industriekultur 2000**“, Touren zu Industriedenkmalern und -museen, ein Exklusivangebot für die Volkshochschulen in NRW, herausgegeben vom Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher e.V., Emscherallee 11, 44369 Dortmund, Tel. 02 31 / 93 11 22 90



Gerade die mit bürgerschaftlichem Engagement erhaltenen Denkmäler und ihre Betreuer sollen in der Kampagne, insbesondere an den Themenwochenenden im Sommer, herausgestellt und gewürdigt werden.

Das „Jahr der Industriekultur 2000“ ist am 1999-er „Tag des offenen Denkmals“ - eine Kampagne, zu der ebenfalls der Europarat seit Jahren erfolgreich aufruft - eröffnet worden. An der Feier im Westfälischen Industriemuseum Altes Schiffshebewerk Henrichenburg in Waltrop nahmen Wolfdietrich Elbert als Vertreter des Europarates, Staatsminister Michael Naumann für die Bundesregierung und Ilse Brusis als zuständige Landesministerin, Mitglied der Kultusministerkonferenz und Vizepräsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz teil.

Obwohl der Schwerpunkt der Aktivitäten mit vier Ausflugs- und Themenwochenenden sowie dem „Tag des offenen Denkmals“

Anwalt und Sprachrohr der Industriedenkmalpflege

Die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur setzt sich seit 1995 für die Erhaltung von Industriedenkmalern in Nordrhein-Westfalen ein

Hochofenfeuer, Schlote und Seilscheiben prägen bis heute das Bild vom Industriezeitalter und besonders vom Ruhrgebiet. Vor allem hier hat der Strukturwandel mit der Stilllegung von Betrieben den raschen Abbruch der einstigen Wahrzeichen nach sich gezogen. Immer weniger Anlagen zeugen von der wechselvollen Geschichte dieser Montanregion.

Der Erhalt des schwerindustriellen Erbes stellt den Denkmalschutz vor neue Herausforderungen. Vorrang vor Musealisierung haben Konzepte zur Weiternutzung - etwa durch Gewerbe, Freizeit, Kunst und Kultur. Die IBA Emscherpark hat die Chancen einer nachhaltigen Strukturpolitik aufgezeigt und den „aussterbenden Industrieriesen“ die Sympathie der Menschen eingebracht.

Ein weiterer Schritt ist 1995 mit der Gründung der nordrhein-westfälischen Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur (Die Industriedenkmalstiftung) getan worden. Diese ist aus einer Initiative des Landes NRW und der RAG Aktiengesellschaft hervorgegangen. Mit der Gründung ist ein neuer Weg eingeschlagen worden, nämlich brachliegende hochrangige Denkmäler des Industriezeitalters, für die sich momentan keine Nutzung findet, zu sichern.

Zweck der gemeinnützigen Stiftung ist es, Denkmäler zu schützen und zu erhalten, wissenschaftlich zu erforschen und zugänglich zu machen. Sie gewährt diesen damit Zeit für die Entwicklung neuer und denkmalgerechter Nutzungskonzepte. Ziel ist es, die Objekte so lange in der Obhut der Stiftung zu behalten, bis sich ein neuer Träger gefunden hat. Dauerhaft wird die Stiftung diejenigen Denkmale betreuen, die ohne praktische Funktion bleiben werden, aber regional als „Landmarke“ und darüber hinaus von großer Bedeutung sind.

ZWÖLF OBJEKTE EINGEBRACHT

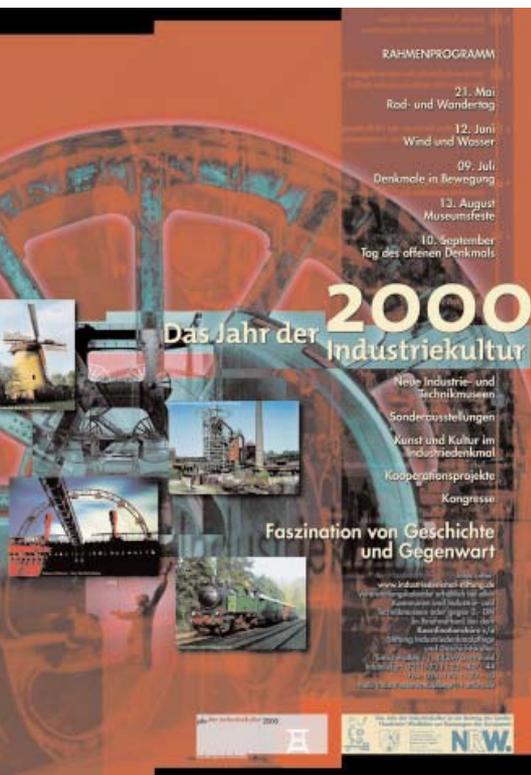
Objekte von zwölf Bergbaustandorten in Nordrhein-Westfalen, darunter zwei stillgelegte Kokereien, sind bislang in die Stiftung eingebracht worden. Weitere aus anderen Branchen sollen hinzukommen. Möglich ist dies gegen eine Kapitaleinlage in Höhe der geschätzten Abrißkosten.

Nach und nach werden die Anlagen gesichert, um die über Jahre verschlossenen „Stätten der Arbeit“ interessierten Menschen zugänglich zu machen. Bei Führungen auf Besucherpfaden erfahren sie alles



Wissenswertes über die Geschichte, frühere Funktion und die Besonderheiten des jeweiligen Ortes. So bietet ein Erlebnispfad auf der 1928 errichteten Kokerei Hansa in Dortmund-Huckarde, die zugleich Sitz der Industriedenkmalstiftung und ein Ankerpunkt auf der „Route der Industriekultur“ ist, interessante Einblicke in Geschichte, Natur und Technik der weitläufigen Anlage.

Durch diese und andere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit trägt die Stiftung dazu bei, die Akzeptanz für manch sperriges Monument zu erhöhen. Sie versteht sich somit als Anwalt und Sprachrohr der Industriedenkmalpflege in NRW. In diesen Kontext gehört auch, dass die Stiftung die Koordination des „Jahres der Industriekultur“ übernommen hat.



Ein Plakat mit Abbildungen bekannter Industriedenkmalern und Veranstaltungstipps weist auf das „Jahr der Industriekultur 2000“ hin

zwischen Früh- und Spätsommer liegt, ist das ganze Jahr über Programm. Mehr als 1.000 Veranstaltungen im „Jahr der Industriekultur 2000“ - Sonderausstellungen, Museumseröffnungen, Kulturveranstaltungen, Kongresse und regionale Gemeinschaftsprojekte - machen die Faszination von Geschichte und Gegenwart erlebbar. ●

KONTAKT

Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur

Emscheralle 11
44369 Dortmund
Tel.: 0231/931122-0
Fax: 0231/931122-10

E-Mail:
industriedenkmalpflege@t-online.de

Internet:
<http://www.industriedenkmal-stiftung.de>



Nordrhein-Westfalen ist in der Bundesrepublik Deutschland Vorreiter bei der Erhaltung und Umnutzung von Industriedenkmalern

Der Erhalt von Bauten und Anlagen früherer Generationen hat eine lange Tradition und ist eine Determinante in der abendländischer Baukultur: Seit der Antike ist die Umnutzung alter Gebäude ein Wesensmerkmal der europäischen Stadtentwicklung.

DIE AUTORIN

Dr. Birgitta Ringbeck ist Referatsleiterin für Baudenkmalerschutz und Baudenkmalpflege im NRW-Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Lange bevor Denkmalschutz und Denkmalpflege - als Reaktion auf die rasanten Veränderungen durch

die Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - staatlich institutionalisiert wurden, ist die Wahrung überkommener baulicher Strukturen als Beitrag zur kulturellen Identität begriffen und praktiziert worden.

Die Überlagerung gewachsener Schichten hat den Städten ein unverwechselbares Profil gegeben. Ihre urbane Qualität resultiert aus der Authentizität der verschiedenen Stätten und Relikte im Spannungsfeld zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Das Tableau, das es derzeit von der jüngsten historischen Schicht zusammenzustellen gilt, ist das der Industriege-sellschaft.

Diese hat wie keine Epoche zuvor die bis dahin maßvoll entwickelte Agrarlandschaft durch den Verbrauch von Flächen für Industrie- und Verkehrsanlagen überformt. So rücksichtslos wie die Besitzergreifung, insbesondere auch durch die Großindustrie in den Ballungsräumen, war aber auch ihr Rückzug: Riesige Areale sind brach gefallen, Gebäude leer geworden, Arbeitsplätze verloren gegangen.

GESETZLICHE GRUNDLAGE

Altindustrielle Flächen und Anlagen sind für nachfolgende Generationen so bedeutend wie für uns die Spuren aus Mittelalter, Renaissance und Barock. Der Umgang mit ihnen ist eine Herausforderung. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft müssen kurzfristig wirtschaftliche Entwicklungen fördern und langfristig die historische Qualität sichern. Adäquate Lösungen

Denkmalschutz zwischen Vision und Sachzwang

lassen sich in einem Abwägungsprozess finden. Den Rahmen dafür bildet das Denkmalschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen.

Das 1980 in Kraft getretene nordrhein-westfälische Denkmalschutzgesetz (DSchG NW) hat den Denkmalbegriff sehr weit gefasst, was seinerzeit im bundesdeutschen Vergleich eine Besonderheit war. Nach § 2 (1) DSchG NW sind Denkmale „Sachen, Mehrheiten von Sachen und Teile von Sachen, an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht.“

Dieses öffentliche Interesse liegt vor, „wenn die Sachen bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse sind und für die Erhaltung und Nutzung künstlerische, wissenschaftliche, volkskundliche oder städtebauliche Gründe vorliegen“.

Mit dieser Definition ist der Gesetzgeber ausdrücklich auf die Besonderheit der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens eingegangen, das wie kein anderes Bundesland nicht nur von den klassischen Objekten abendländischer Stadt- und Siedlungsformen, sondern auch von der Industriegeschichte der letzten eineinhalb Jahrhunderte in unvergleichlicher Dichte geprägt ist.

Gemäß der gesetzlichen Vorgabe sind Städte und Gemeinden als Untere Denkmalbehörde verpflichtet, die für denkmalwert erachteten Objekte einzutragen und die Denkmallisten zu führen. Fachlich unterstützt werden sie von den Fachämtern bei den Landschaftsverbänden, mit denen bei jedem Verwaltungsakt Benehmen herzustellen ist.

EINTRAGUNG UND ABWÄGUNG

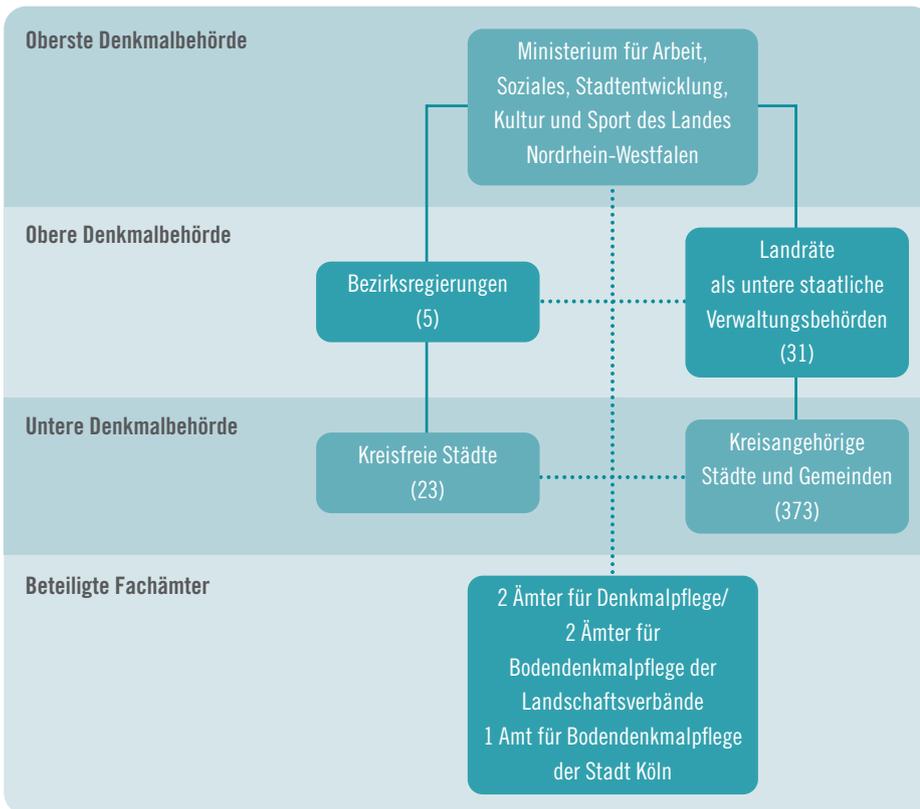
Das Rheinische Amt für Denkmalpflege und das Westfälische Amt für Denkmalpflege liefern in der Regel entsprechende Gutachten und beantragen die Unterschutzstellung. Steht der Denkmalwert einwandfrei fest, besteht für die Städte und Gemeinden kein Ermessensspielraum. Sie haben die Pflicht, die Objekte einzutragen.

Wird das Benehmen nicht hergestellt, stimmen also Untere Denkmalbehörde und Rheinisches oder Westfälisches Amt für Denkmalpflege nicht in der fachlichen Bewertung des Denkmalwertes überein, haben nach § 21.4 DSchG NW in Verbindung mit § 3 DSchG NW die bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Fachämter das Recht, unmittelbar das zuständige Ministerium als Oberste Denkmalbehörde um Entscheidung zu bitten.



Konservierung und Umnutzung alter Fabrikgebäude ist oft keine leichte Aufgabe für staatliche und kommunale Denkmalpflege

Foto: Lehrer



◀ Ein vierstufiger Aufbau der Denkmalschutz-Verwaltung in NRW soll sicherstellen, daß Eigentümerrechte und öffentliches Interesse gleichermaßen berücksichtigt werden

„Abwägung“ schaffen einerseits Rechtssicherheit für den Eigentümer oder Erwerber und garantieren andererseits dem Denkmalschutz die Vertretung seiner Interessen. Zwanzig Jahre Praxis haben gezeigt, dass das von diesem zweistufigen Verfahren ausgehende Moratorium als Ausgangspunkt für einen von allen akzeptierten Entscheidungsweg genutzt werden kann.

■ DENKMALSCHUTZ UND DENKMALPFLEGE

Mit der Bestimmung aller Städte und Gemeinden zu Unteren Denkmalbehörden soll in erster Linie die örtliche Gemeinschaft Verantwortung für den Denkmalschutz übernehmen und diesen zur eigenen Sache machen. Die Aufgaben des Denkmalschutzes, beispielsweise die Eintragung von Denkmalen, sind der Kommune als „Pflichtaufgabe nach Weisung“ übertragen worden.

Hingegen obliegen die Aufgaben der Denkmalpflege, beispielsweise die finanzielle Förderung, der Kommune als „Selbstverwaltungsangelegenheit“. Hieraus ergeben sich wesentliche Unterschiede für die Aufsicht über die Stadt oder Gemeinde, die im Einzelnen in der Gemeindeordnung und dem Ordnungsbehördengesetz geregelt ist.

Vorrangige Aufgabe der Oberen Denkmalbehörden ist es, die Unteren Denkmalbehörden präventiv zu beaufsichtigen, und gegebenenfalls mit Mitteln der Sonderaufsicht rechtsstaatliches Handeln sicherzustellen. Für Denkmäler in Eigentum oder Nutzung des Bundes oder des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Gesetzgeber die Bezirksregierungen als zuständige Denkmalbehörden bestimmt.

Oberste Denkmalbehörde ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. In Angelegenheiten des Denkmalschutzes beaufsichtigt es die ihr nachgeordneten Oberen und Unteren Denkmalbehörden (siehe Schaubild).

Außerdem hat der Gesetzgeber der Obersten Denkmalbehörde die Befugnis übertragen, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landschaftsverband beziehungsweise dem Amt für Denkmalpflege und der Unteren Denkmalbehörde zu ent-

Ist ein Objekt rechtskräftig in die Denkmalliste eingetragen, ist der Eigentümer zunächst nur zu den Massnahmen verpflichtet, die auch bisher im Rahmen der grundgesetzlich verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums zur ordnungsgemäßen Erhaltung seines Gebäudes und der Sicherung der Substanz notwendig waren. Er kann nicht gezwungen werden, frühere Zustände zu rekonstruieren.

Eine Veränderungssperre ist mit dem Denkmalschutz nicht verbunden. Die Eintragung in die Denkmalliste bedeutet aber, dass wesentliche Ausbesserungen, Umbauten und Veränderungen bis hin zum Ab-

bruch nach § 9 DSchG NW genehmigungspflichtig werden.

Das mit der Unterschutzstellung bekundete öffentliche Interesse an der Erhaltung des Gebäudes ist in diesem Verfahrensschritt mit anderen öffentlichen Belangen ebenso abzuwägen wie mit Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Zumutbarkeit. Auch in dieser Phase haben die Unteren Denkmalbehörden ihre Entscheidungen im Benehmen mit den Fachämtern zu treffen. Im Falle eines Dissens haben die Denkmalämter wiederum das Recht, direkt die Oberste Denkmalbehörde anzurufen.

Die Verfahrensschritte „Eintragung“ und

Schaubild: Ringbeck/MASSEN

GARTEN-LANDSCHAFT IN OSTWESTFALEN-LIPPE

Kaum eine andere Region hat eine solche Vielfalt an Gärten und Parks wie Ostwestfalen-Lippe (OWL) aufzuweisen. Das Netzwerk Garten-Landschaft OWL will die seit dem Barock entstandenen öffentlichen und privaten Gärten und Parks der Region wieder erfahrbar machen. Stadtparks, Kloster-, Burg- und Schloßgärten sowie Gärten mit besonderem Baumbestand, die Bezug zu Denkmälern, Kulturanlagen, Freizeit- und Erholungsanlagen sowie anderen historisch bedeutsamen Kulturlandschaften haben, sollen einen neuen Blick auf das kulturelle Erbe verschaffen. Von diesem Jahr an soll ein Verbund von typischen Parks und Gärten mit Gartenmusik, Theateraufführungen und Lichtspielen in Szene gesetzt werden. Begleitend ist eine Ausstellung zur Garten-Landschaft OWL geplant. Geleitet wird das Projekt vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der im Frühjahr einen Reiseführer zu den Gärten und Parks sowie einen Videofilm herausgeben wird.



WERTVOLLES INSTRUMENT DER STADTENTWICKLUNG

Wie in keinem anderen Bundesland hat man sich in Nordrhein-Westfalen insbesondere in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit dem Erhalt und den Nutzungsmöglichkeiten von Industriedenkmalern auseinandergesetzt und dies als Instrument der Stadtentwicklung genutzt.

Die zwischen Eintragung und Abwägung einzuschaltenden Schritte „Machbarkeitsstudie“ und „Finanzierungskonzept“ sind wichtige Bausteine für die Entscheidungsfindung. Die Erfahrung zeigt, dass der Weg dorthin mitunter konfliktreich ist. Nicht alles, was aus architektur- und technikgeschichtlichen, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gründen als denkmalwert

eingestuft worden ist, kann erhalten werden. Finanzielle und andere öffentliche Belange können dagegen stehen.

Ein nachvollziehbarer Abwägungsprozess, der das Bemühen um den Erhalt dokumentiert und der gesetzlich verankert ist, trägt zur Minimierung des Konfliktpotenzials bei und fördert die Akzeptanz von Entscheidungen. Darüber hinaus führt er erfreulich oft zur Umnutzung von Industriedenkmalern, deren Erhalt vorher nicht für realisierbar gehalten wurde. Nach der Restaurierung tragen sie entschieden zur urbanen Qualität und städtebaulichen Profilierung bei.

scheiden. Im Rahmen der Denkmalpflege stellt sie darüber hinaus das jährliche Denkmalförderungsprogramm auf.

Den Ämtern für Denkmalpflege bei den Landschaftsverbänden ist ein breites Spektrum nicht hoheitlicher Aufgaben zugewiesen: wissenschaftliche Untersuchung und Forschung, Veröffentlichungen, Konservierung und Restaurierung von Denkmälern sowie die Vertretung der Interessen von Denkmalschutz und Denkmalpflege bei allen Planungen und Massnahmen der Kommunen und anderer öffentlicher Stellen.

Hingegen haben die Denkmalämter keine denkmalrechtlichen Entscheidungen zu treffen. Einfluss haben sie aber über das Mitwirkungsverfahren in der Form des „Behnehmens“ und das damit verbundene Recht, unmittelbar die Entscheidung der Obersten Denkmalbehörde herbeizuführen.

EXISTENZSICHERNDE NUTZUNG

Nur eine adäquate Nutzung von Denkmalen sichert ihre langfristige Existenz. Entsprechend verfügen die Bestimmungen in § 8 DSchG NW, Denkmäler seien so zu nutzen, dass die Substanz auf Dauer erhalten wird. Der Nutzungsverpflichtung und damit letztlich der Erhaltungsverpflichtung, zu deren Durchsetzung die Denkmalbehörden gemäß § 7 (2) DSchG NW Massnahmen anordnen können, sind jedoch Grenzen gesetzt: Es gilt das Prinzip der wirtschaftlichen Zumutbarkeit.

Kosten für den Unterhalt des Denkmals sind nur dann zumutbar, wenn sie - unter Berücksichtigung öffentlicher Zuwendun-

gen und steuerlicher Vorteile - in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen des Gebäudes stehen. In der Praxis hat sich die Machbarkeitsstudie bewährt, um eine Entscheidung herbeizuführen. Diese wird erfahrungsgemäß zwischen Eintragung und Abwägung - im Vorfeld oder aufgrund eines Antrages nach § 9 DSchG NW - gefällt.

Machbarkeitsstudie

Basis einer Machbarkeitsstudie, die sowohl die städtebauliche Entwicklung als auch die Umnutzung zum Inhalt haben kann, ist eine detaillierte Bestandsaufnahme, die die Kriterien einer wissenschaftlichen Dokumentation erfüllt. Darauf aufbauend sollten alter-

native Nutzungsmöglichkeiten, baurechtliche Bedingungen und daraus erwachsende Konsequenzen dargestellt werden.

Außerdem hat die Studie beabsichtigte Eingriffe hinsichtlich des Substanzverlusts und der Denkmalqualität zu bewerten. Schließlich sollte sie Hinweise auf Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten enthalten.

Wesentliche Entscheidungsgrundlagen für eine an gewachsenen Strukturen orientierte, denkmalgerechte Planung und Ausführung liegen damit vor. Ein wesentlicher Baustein für eine Abwägung in Sinne § 9 DSchG NW ist vorhanden. Die Kosten für eine Machbarkeitsstudie können vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport im Rahmen bestehender Förderprogramme teilweise übernommen werden.

Finanzierungskonzept

Ein weiterer Baustein in der Entscheidungsfindung ist die Frage der Finanzierung. Für die Umnutzung denkmalgeschützter Gebäude bietet das Land finanzielle Unterstützung über die Denkmal-, Städtebau- und Wohnungsbauförderung. Über welches Programm ein Projekt in welcher Höhe gefördert werden kann, hängt maßgeblich vom Nutzungskonzept, der Trägerkonstellation und der Eigentümersituation ab. Finanzierungs- und Förderkonzepte sind daher für jeden Einzelfall zu entwickeln. Hilfestellung können die Denkmalbehörden leisten. ●

Ein poetischer Weg für Kamp-Lintfort

Bereits in wenigen Jahren können Bewohner und Gäste der Stadt Kamp-Lintfort dort lustwandeln: im Skulpturenpark zwischen den Ortsteilen Kamp und Lintfort. Für die Gestaltung dieses Areals hatte die Stadt 1998/1999 im Rahmen des Projekts Landschaftspark Niederrhein, das gemeinsam mit den Städten Moers, Neukirchen-Vlyn und Rheinberg entwickelt werden soll, einen Wettbewerb ausgelobt, an dem sich namhafte Künstler und Architekten beteiligten.

Die Ergebnisse hat die Stadt in der Dokumentation „Ein poetischer Weg für Kamp-Lintfort“ zusammengefaßt. Neben der Vorstellung der sechs Entwürfe wird die kommunal- und regionalpolitische Bedeutung des Vorhabens erläutert. Außerdem finden sich darin Kurzbiographien der beteiligten Künstler sowie ein Zeitplan zur Realisierung des prämierten Entwurfs von Johannes Reinders und Günther Uecker. Die Dokumentation kann zum Preis von 25,- DM beim Kulturamt der Stadt Kamp-Lintfort, Am Rathaus 2, 47475 Kamp-Lintfort, bestellt werden.





Von der Industrieruine zum Technologiezentrum

Die Umnutzung des ehemaligen Verwaltungsgebäude der Zeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg ist ein gelungenes Beispiel für die Revitalisierung eines Industriedenkmal

Im „Jahr der Industriekultur 2000“ soll die Sensibilität für Industrie- und Technikgeschichte gesteigert und die Öffentlichkeit insbesondere auf innovative Nutzungsmöglichkeiten von Industriedenkmalern hingewiesen werden. Hierbei können die ökonomischen und ökologischen Vorteile herausgestellt werden, die aus der Erhaltung und Nutzung von Denkmälern im Rahmen eines Konzeptes nachhaltiger Entwicklung erwachsen.

DIE AUTOREN

Andreas Wohland ist Referent für Recht und Verfassung beim Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund, **Hans-Peter Gatz** ist stellvertretender Geschäftsführer des CMC Übach-Palenberg

Als Beispiel für gelungene Revitalisierung eines Industriedenkmal gilt das Verwaltungsgebäude der früheren Steinkohle-Zeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg. Die Stadt ist ein Mittelzentrum in der Technologie-Region Aachen, im Dreiländereck Deutschland-Belgien-Niederlande, das in einer Euregio vernetzt ist. Mit der Schließung einzelner Zechen begann dort in den 60er Jahren der industrielle Strukturwandel.

Die Renovierung des Verwaltungsgebäudes im Bauhaus-Stil und die stilgetreue Instandsetzung der ehemaligen Lohnhalle bildete den Auftakt zur Umgestaltung des weitläufigen Zechenareals. Auf dem Gelände ist neben dem Verwaltungsgebäude und dem Betriebsgebäude mit der Lohnhalle noch die Mannschaftswaschkäue und der aus der Abraumhalde emporragende eiserne Wasserturm erhalten.

Die auf das Verwaltungsgebäude hin ausgerichtete Zechensiedlung besteht zwar noch, ist aber nach dem Verkauf der Wohnhäuser in den 60er und 70er Jahren stark verändert worden und hat ihr zeittypisches Erscheinungsbild teilweise verloren.

Die Bergwerksgesellschaft Carolus Magnus wurde 1911 gegründet. Gleich danach wurde mit dem Abtäufen einer Doppelschachanlage begonnen. Die Kohleförderung lief 1919 an. Mit der Planung der Werksanlagen und Verwaltungsgebäude beauftragte die Gewerkschaft Carolus Magnus 1928 den Aachener Industriebau-Ingenieur Pirlet und den Architekten Hammer.

KOHLEFÖRDERUNG SEIT 1919

Das Architekturbüro entwarf einen viergeschossigen Verwaltungstrakt und ein dreigeschossiges Betriebsgebäude mit Backsteinfassade und modernem Flachdach mit Kieselaufschüttung. Das Verwaltungsgebäude ist von außen gut sichtbar unterteilt in ein Erdgeschoß und zwei Obergeschosse, in denen die Hauptverwaltung untergebracht war. Diese beiden Etagen sind durch die Gestaltung der Ziegelstein-Fassade optisch zusammengefaßt.

Die Brüstungen und Fensterstürze haben besondere Verzierungen aus Ziegelstein erhalten. Das aufgesetzte Attika-

geschoß ist durch ein breites Gesimsband von den darunterliegenden Etagen abgetrennt. In der Mittelachse, dem Gebäude vorgesetzt, wurde in Anlehnung an einen Porticus eine Vorhalle errichtet, in deren oberem Teil der Konferenzsaal untergebracht ist.

Die zweigeschossige Lohnhalle mit Drahtglasoberlicht hat im ersten Ober-schoß einen Umgang, von dem man in die Büro- und Konferenzräume gelangen konnte. Im Erdgeschoß befanden sich die Schalter für die Lohnauszahlung. Unter der Lohnhalle verbarg sich ein großer Theatersaal, der 1.300 Menschen Platz bot und mit Bühne, Garderoben für Schauspieler sowie einem Vestibül für die Besucher ausgestattet war.

Am 1. November 1962 wurde die Grube stillgelegt - nicht zuletzt wegen Schwierigkeiten beim Abbau der schlechten Lagerstätten, die hohe Produktionskosten mit sich brachten. 1963 wurden die Schächte verfüllt, vier Jahre später die Schachtgerüste abgetragen. 3.000 Bergarbeiter verloren damals ihren Arbeitsplatz.

34 JAHRE „DORN RÖSCHENSCHLAF“

Seit 1962 standen weite Teile des Verwaltungsgebäudes leer. Lediglich einzelne Büros und Kellerräume wurden zeitweise genutzt. Das Gebäude wurde notdürftig in

Von der Steinkohlenzeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg steht heute nur noch das renovierte Verwaltungsgebäude (rechts), das Betriebsgebäude mit Lohnhalle, die Mannschaftswaschkäue und der eiserne Wasserturm

Von der Steinkohlenzeche Carolus Magnus in Übach-Palenberg steht heute nur noch das renovierte Verwaltungsgebäude (rechts), das Betriebsgebäude mit Lohnhalle, die Mannschaftswaschkäue und der eiserne Wasserturm



Fotos: CMC Übach-Palenberg

Stand gehalten. Wegen Verzögerungen bei der Demontage der Betriebseinrichtungen entwickelte sich das gesamte Gelände einschließlich des Verwaltungsgebäudes zu einer unansehnlichen Brache. Nach außen sichtbare Anzeichen des Verfalls waren eingeworfene Fensterscheiben, auf den Dächern wachsende Sträucher und verunstaltete Fassaden.

Die Unterschutzstellung des Verwaltungsgebäudes samt Lohnhalle gestaltete sich sehr schwierig. Bereits 1980 gab es Anstrengungen zur Unterschutzstellung, aber noch 1987 machte sich der Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz im Kreis Heinsberg Sorgen wegen des Abbruchs. 1988 wurde schließlich das Verfahren durch den Regierungspräsidenten vorangetrieben, und 1989 brachte die Stadt Übach-Palenberg die Unterschutzstellung zum Abschluß.

■ STADTEIL-SANIERUNG

Bereits 1986 hatte die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG NRW) die ehemalige Betriebsfläche der Grube Carolus Magnus für den Grundstücksfonds des Landes Nordrhein-Westfalen erworben. Von 1989 bis 1992 wurden alle Gebäude und Ruinen abgerissen - mit Ausnahme der Verwaltungsgebäude, der Waschkau und des Wasserturms - und die Altlasten auf dem gesamten Werksgelände beseitigt.

Die Aktivitäten der LEG auf dem ehemaligen Zechengelände waren eingebettet in ein Sanierungsverfahren, das einen großen Teil des Stadtteils Übach umfasste. 1993 erwarb die Stadt Übach-Palenberg das Gelände des ehemaligen Verwaltungsgebäudes mit der sanierungsbedürftigen Bausubstanz. Bald darauf wurde mit der Entkernung und Sanierung des Gebäudes begonnen.

Rund 24 Millionen DM waren erforderlich, um das unter Denkmalschutz stehende Gebäude so zu sanieren, dass einerseits der Baukörper und die Inneneinrichtung, Lohnhalle und Konferenzräume wieder ihr ursprüngliches Aussehen erhielten, andererseits eine vielseitige Nutzung nach den Bedürfnissen und spezifischen Anforderungen der einziehenden Unternehmen möglich würde.

Von den Gesamtkosten von 24 Millionen DM wurden 16,72 Millionen DM aus EU-Mitteln gedeckt. Die restlichen Kosten



In der stilgetreu instand gesetzten Lohnhalle mit Oberlicht und Umgang finden heute Konferenzen, Vorträge und Konzerte statt

übernahmen der Kreis Heinsberg und die Stadt Übach-Palenberg.

■ NUTZUNGSKONZEPT

Um das sanierte Gebäude einer vielseitigen Nutzung zuzuführen, wurde ein Nutzungskonzept erarbeitet. Es wurde eine Kommission gebildet, an der die Stadt Übach-Palenberg, der Kreis Heinsberg, die AGIT, die Industrie- und Handelskammer und die LEG beteiligt waren. Man kam überein, das zu errichtende Carolus-Magnus-Centrum auf Umweltschutz zu spezialisieren, damit es sich von den zehn übrigen Technologie-Zentren in der Region Aachen abhebe.

Zu diesem Zweck wurde eine Betreiber-gesellschaft gegründet, an der die Stadt Übach-Palenberg zu 50,8 Prozent, der Kreis Heinsberg zu 30,2 Prozent sowie die LEG, die Kreissparkasse Heinsberg, die Industrie- und Handelskammer und die AGIT jeweils zu 5 Prozent beteiligt sind. Vom 1. Oktober 1994 bis zum 30. September 1998 wurden im Rahmen einer Anschubfinanzierung weitere EU-Mittel von etwa 2,8 Millionen DM in Anspruch genommen.

Das Gebäude ist zur Zeit komplett vermietet, wobei die Spezialisierung auf Umwelttechnologien nur teilweise eingehalten werden konnte. Neben Büroräumen ab zwölf Quadratmetern Größe sind in dem Denkmal heute Besprechungs- und Konfe-

renzräume, Sekretariat, Empfang mit Telefonzentrale, Räume für Schreib- und Übersetzungsservice, Teeküchen sowie ein Bistro untergebracht.

Das ehemalige Theater unter der Lohnhalle wird heute als Großraumbüro genutzt. Insgesamt beträgt die nutzbare Fläche rund 5.000 Quadratmeter. Erwähnenswert ist die Begrünung des Flachdachs, die beweist, daß auch bei Renovierung oder Umnutzung eines Denkmals umweltfreundliche Techniken anzuwenden sind.

Das Gebäude besticht durch die besondere Atmosphäre, die vor allem in der Lohnhalle mit dem großen Glas-Oberlicht und den historischen Konferenzräumen zum Tragen kommt. Die Einrichtungen im Carolus-Magnus-Centrum werden von verschiedenen örtlichen Unternehmen genutzt. Die Lohnhalle ist speziell für Konferenzen und Vorträge ausgestattet. Mittlerweile werden dort von vielen örtlichen Musik- und Gesangsvereinen Konzerte dargeboten.

■ EXPANSION GEPLANT

Das Carolus-Magnus-Centrum ist ein Beispiel dafür, dass sich der Erhalt alter Bausubstanz lohnt und daß in einem Industriedenkmal moderne wirtschaftliche Aktivitäten Platz finden können. Bestärkt durch diesen Erfolg soll nun die Waschkau saniert und an das Carolus-Magnus-Centrum angeschlossen werden.

Das ehemalige Zechengelände ist bereits neu erschlossen. Hier sollen in den kommenden Jahren weitere Gewerbebetriebe angesiedelt werden, wobei vornehmlich Interessenten aus dem Carolus-Magnus-Centrum berücksichtigt werden sollen, die ihr Unternehmen nach erfolgreicher Startphase vergrößern wollen. ●

Das Eingangsportale des Verwaltungsgebäudes heute



„Dieser Schrott soll Denkmal werden?“



Steel drums im Stahlwerk: Während der Restaurierung des Hochofens 3 der Henrichshütte Hattingen wird das Gelände bereits kulturell genutzt

Foto: Annette Hudemann, Martin Holtappels, Westfälisches Industriemuseum

Gut ein Jahrzehnt nach dem Ausblasen erhält der Hochofen der ehemaligen Henrichshütte Hattingen neue Bedeutung auf einem musealen „Weg des Eisens“

„Mit Rost bedeckte Eisenkonstruktionen, ein Koloß von Hochofen, ein Gewirr aus Treppen und Gängen, lange, schmutziggroße Hallenwände.... Diese gigantische Anhäufung von

DIE AUTOREN

Anja Kuhn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Industriemuseums Hattingen, **Robert Laube** ist Leiter des Museums

Schrott ein Denkmal? Kaum vorstellbar“, Nicht nur die „Westfälischen Nachrichten“ reagierten mit ungläubigem Staunen, als der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) 1989 den Hochofen 3 der Hattinger Henrichshütte übernahm.

Seitdem wurde konsequent an der Restaurierung von HO 3 gearbeitet. Ziel war jedoch nicht die Überhöhung der Hütte zu einer „Kathedrale“ oder „Ikone der Industriekultur“. Hier sollte ein Ort der Arbeit mit möglichst allen Spuren des jahrzehntelangen Betriebs bewahrt und als Industriemuseum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Jahre dauerte die Entwicklung eines speziellen, transparenten Beschichtungssystems, und Jahre dauerte das Auftragen der Beschichtung auf dem 55 Meter hohen Stahlkoloß. Nun sind die Arbeiten am Hochofen 3 abgeschlossen. Im September 2000 wird der „Schrott“ als neuer Standort des Westfälischen Industriemuseums eröffnet.

HO 3, der älteste erhaltene Hochofen im Ruhrgebiet (Baujahr 1939/40), war bereits ein hochrangiges Industriedenkmal, als er 1987 stillgelegt wurde. Immerhin reicht die Werksgeschichte der Henrichshütte bis in das Jahr 1854 zurück.

Von Anbeginn zählten Kohle- und Erzgruben, Kokereien, Hochöfen, Stahlwerke, Gießereien, Schmieden, Walzwerke und Bearbeitungswerkstätten zum Bestand der Hütte. Seit der Jahrhundertwende zeichnete sich die Henrichshütte durch die herausragende Qualität ihrer Produkte aus. Das Werk durchlebte Aufstieg, Blüte und Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr.

WEG DES EISENS

Heute lädt das Westfälische Industriemuseum seine Gäste ein, dem „Weg des Ei-

sens“ über das rund 50.000 qm große Gelände zu folgen. Auf, über und durch Erz- und Koksunker hindurch führt der Rundgang - vorbei an Maschinenhaus und Windheizern hinauf auf HO 3. Hinunter geht's in die Gießhalle, wo Schlacke und Eisen abgestochen wurden, alle zwei Stunden, 365 Tage im Jahr und – rechnet man die Vorläufer von HO 3 hinzu – 132 Jahre lang.

Begleitet werden Besucher und Besucherinnen von einem Gewirr von Gleissträngen, Transportbändern, Rohrleitungen. In der Gebläsehalle wurde einst der „Wind“ für den Hochofenbetrieb erzeugt. Heute geht man hier den „Weg des Eisens“ weiter: zum Stahl, zum Guß- oder Schmiedestück, zum gewalzten Blech.

Neben der Dauerausstellung sollen in der Gebläsehalle auch jene Themen in wechselnden Präsentationen gezeigt werden, die einst das Leben der bis zu 10.000 Hüttenwerker und ihren Familien bewegten: Ernährung und Gesundheit, Engagement in Kirchen, Gewerkschaften und Vereinen, Arbeiterwohnungsbau. Bereits heute wird die gut 5000 qm große Gebläsehalle als Veranstaltungszentrum für die Region genutzt.

FRÜHERE BELEGSCHAFT AKTIV

Von selbst gibt der rostige Riese kaum noch etwas über seine Geschichte preis. Das „Schweigen der Hämmer“ kann allerdings mit Hilfe der Menschen, die hier von und mit dem Hochofen gelebt haben, gebrochen werden. Schmelzer und Gießer, Stahlwerker und Former, Laboranten und Kranfahrerinnen - kurz: die ehemalige Belegschaft hilft seit Jahren beim Aufbau des Museums. Vor allem berichten sie über ihre Arbeit, über Leistung und Belastung, über Kollegialität und Gefahr.

Auf diesem „Archiv der Erinnerung“ baut das Museum auf. Schritt für Schritt folgen die Gäste dem Materialfluß vom Erz zum Eisen. Dabei begegnen sie Menschen, die mit jahrzehntelanger Erfahrung über die Arbeit auf „ihrer“ Hütte berichten. Ob als Originalton, Text, Bild, Film oder Installation - immer sind es Menschen, die „vor Ort“ das gigantische Gewirr entflechten, die übermächtige Technik entzaubern und den Blick auf das Wesentliche - die Arbeit - lenken.

„Weg des Eisens“ und „biographischer Ansatz“ sind also die Instrumente des Museums. Ihm kommt die Aufgabe zu, aus dieser Reihung von Geschichten eine Deutung von Geschichte zu ermöglichen. Aus der Viel-

zahl der Aspekte, die die Hüttenarbeit zu bieten hat, greift das Industriemuseum drei heraus: Technik, Soziales und Umwelt.

Beim Gang durch das Museum begegnet man immer wieder dem Aspekt „Wandel der Arbeit“. Die Veränderung der Hüttenarbeit „vor Ort“ zu vermitteln, ist eine einfache und zugleich schwierige Aufgabe. Jeder erkennt, daß hier früher gearbeitet wurde und heute nicht mehr. Und natürlich erklären die Schmelzer, wie der Hochofen funktionierte und was sie früher zu tun hatten.

■ GEMEINSCHAFTS-ERLEBNIS

Das „Ding Hochofen“ hat noch mehr zu bieten. Die Museums-Gäste lernen, daß die Arbeit des Hochöfners immer sicherer und sauberer geworden ist, aber eben auch hektischer. Sie können verstehen, woher die gerade im Hochofenbetrieb so ausgeprägte Gemeinschaft der Arbeiter ihre Kraft bezieht.

Denn die „Schicht“ ist nicht nur eine Überlebensgemeinschaft im Umgang mit 1500 Grad heißen Materialien, sie ist auch eine Lebensgemeinschaft, deren Mitgliedern durch Wechselschicht-Betrieb andere, scheinbar selbstverständliche Bezugsgruppen wie etwa Vereine versperrt blieben. Als HO 3 kurz vor Weihnachten 1987 ausgeblasen wurde, ging nicht nur ein Haufen Stein und Stahl zugrunde.

Unterschiedliche Deutungen vom „Wandel der Arbeit“ erlaubt der Arbeitsplatz des „Umwalters“. Darum geht es in der Ausstellungseinheit „Walzen“ rund um das Profilwalzwerk, welches das Museum von der Niederrheinischen Hütte aus Duisburg nach Hattingen geholt hat. Das „Umstechen“ - sprich: das Aufschnappen einer glühenden Stahlschlange und Einführen in das nächste Walzgerüst – war eine der gefährlichsten Arbeiten im Hüttenwesen.

Durch technische Innovation wurde diese Arbeit überflüssig. War dies Arbeitsplatzvernichtung? Humanisierung der Arbeitswelt? Zwei Seiten einer Medaille, und es läßt sich trefflich streiten, welche Seite mehr Gewicht hat.

Wenn es dem Museum gelingt, zu diesem Disput zu animieren, dann ist das „Ding hinter den Dingen“ aufgedeckt und Menschen sprechen über ein Thema, über das es sich nachzudenken lohnt. Nicht nur deshalb befindet sich die Ausstellungseinheit „Walzen“ unmittelbar vor der geplanten Museums-Gastronomie.

■ VIELES NOCH IM WERDEN

Vieles, was angekündigt wurde, können die Besucher im September 2000 allenfalls im Ansatz entdecken. Und viele Möglichkeiten des Geländes müssen noch entwickelt werden – etwa die Bereiche Bergbau und Kokerei. Doch bereits heute können die Gäste im Westfälischen Industriemuseum Henrichshütte eine Menge erfahren.

Das Museum hat sich seit Jahren konsequent den Wünschen der Region, der Stadt und der Menschen geöffnet und damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Das Museum wird angenommen und - zahlreiche Veranstaltungen belegen dies - als Ort regionaler Kultur und geselligen Lebens genutzt.

Diese Erfahrungen gehen unmittelbar in die Projektplanung ein. So entsteht in den kommenden Jahren in der Gebläsehalle ein komfortables Veranstaltungszentrum. Das Bessemer-Stahlwerk, ältestes Relikt der Gußstahlproduktion in Deutschland (Baujahr 1871/72), bietet Raum für Sonderausstellungen und Museumspädagogik.

Die von ehrenamtlichen Kräften betriebene „Schau-Gießerei“ - derzeit die einzige im Ruhrgebiet - ist so erfolgreich, daß dieser Bereich erweitert werden soll. Werkstätten für eine Modellschreinerei und einen Schmiedebetrieb sind geplant.

■ MUSEUMSBAHN MÖGLICH

Ausgebaut wird auch das Gleissystem. Der Landschaftsverband hofft, daß in absehbarer Zeit Gäste vom Museum Zeche Nachtigall bei Witten zum Museum Henrichshütte in Hattingen auf der Ruhrtalbahn fahren können – von der Kohle per Dampflok zu Eisen und Stahl.

Der Status des „Halbfertigen“ hat nicht nur einen gewissen Charme, er birgt auch eine



Demonstration der Belegschaft wenige Tage vor dem Ausblasen des Hochofens 3 der Henrichshütte Hattingen im Dezember 1987

Chance. So können an einigen Stationen des „Wegs des Eisens“ neue museale Ausstellungseinheiten erprobt und im laufenden Museumsbetrieb verbessert werden. Die Museumspädagogik kann ebenso weiterentwickelt werden wie der „Kinder-Rundweg“, zu dem das Maskottchen „Die Ratte“ einlädt. Gemeinsam mit der Hauptzielgruppe - junge Familien und Kinder - will das Museumsteam wachsen und von seinen Besuchern lernen. ●

Westfälisches Industriemuseum Henrichshütte
Werksstraße 25
45527 Hattingen
Telefon 02324-9247-0

Literatur

Robert Laube, Die Henrichshütte Hattingen. Eine grüne Geschichte, Dortmund 1992

Manfred Rasch, Eine kleine Geschichte der Henrichshütte, Essen 2000 (In Vorbereitung)

AMAZONEN-HANDBUCH

Sägen, hämmern, schweißen und bohren sind längst nicht mehr ausschließliches Steckenpferd von Jungen. Immer mehr Mädchen und Frauen interessieren sich für handwerkliche Berufe. Das Technikzentrum der Stadt Lübecke hat einen Ratgeber mit Tipps für Mädchen und Frauen herausgegeben. Dieses Amazonen-Handbuch soll Berufsanfängerinnen helfen, sich gegen Vorurteile und dumme Sprüche seitens männlicher Kollegen zu wappnen. Außerdem finden sich in dem kleinen Begleiter Witze, ein Baustellen-Test, Rätsel sowie Adressen, wo Mädchen und junge Frauen Informationen erhalten, wenn sie sich für einen handwerklichen Beruf interessieren. Das Technikzentrum Lübecke veranstaltet Handwerkskurse für Mädchen, Frauen und so genannte Multiplikatorinnen. Unterstützt wird das Projekt vom NRW-Wirtschaftsministerium, vom NRW-Frauenministerium sowie vom Arbeitsamt Lübecke. Die Broschüre gibt es beim Technikzentrum, Niederwall 20, 32312 Lübecke.





◀ Das Rheinische Industriemuseum des LVR eröffnet im September in Euskirchen seine Filiale Tuchfabrik Müller

■ ERÖFFNUNG VON MUSEEN

In Nordrhein-Westfalen ist das Jahr 2000 auch das Jahr der Museumseröffnungen. Am 7. Mai feiert die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) in Dortmund die Fertigstellung ihrer Gesamtpräsentation mit umfangreichem Festprogramm. Die Eröffnung des Museums Tuchfabrik Müller in Euskirchen im September nimmt das Rheinische Industriemuseum zum Anlaß, seine Gesamt-Fertigstellung groß zu feiern.

Des weiteren eröffnen im September das Elektromuseum der VEW Energie AG in Recklinghausen (10.9.), das Westfälische Industriemuseum Henrichshütte Hattingen (2.9.) und das Technische Museum Besteckfabrik Hesse im hochsauerländischen Schmallenberg (8.9.).

Hinzu gesellen sich die Gerberei Sasse im ostwestfälischen Enger (voraussichtlich noch in diesem Jahr), die Papiermühle Plöger in Schieder-Schwalenberg (Spätsommer), das Leuchtenmuseum in Arnsberg-Neheim (12.4.) sowie die Sensenfabrik Freudenthal in Leverkusen (voraussichtlich Spätsommer). Der Bergbau am Niederrhein wird in einer neuen Dauerausstellung in der Maschinenhalle der ehemaligen Zeche Rheinpreussen IV in Moers-Hochstraß veranschaulicht (2.9.).

■ SONDERVERANSTALTUNGEN

Rund 20 Institutionen des Bergischen Landes, darunter zahlreiche Museen, bestreiten vom 10. Juni bis 9. Juli die 4. Bergischen Museumswochen. Unter dem Motto „2000 Jahre Handel, Gewerbe und Industrie im Bergischen“ werden Dampfzug-Sonderfahrten, Ausstellungen, Vorführungen, Mitmachaktionen, Feste, Kulturveranstaltungen sowie Exkursionen und Wanderungen zu alten Produktionsstätten und Eisenbahntrassen angeboten.

Das Ruhrgebiet widmet sich im Jahr der Industriekultur den Denkmälern und der Geschichte der Großindustrie und präsentiert ein Geschichtspanorama der besonderen Art. Unter dem Titel „Historama Ruhr 2000“ rücken acht renommierte Institutionen die Industriegeschichte der Region in ein neues Licht.

Vom Mühlentag bis zum ZechenZirkus

Nordrhein-Westfalen lockt mit mehr als 1000 Veranstaltungen im „Jahr der Industriekultur 2000“ zum Besuch der Industrie- und Technikdenkmäler

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das Land der Industriegiganten, sondern ist reich an Denkmälern und Spuren einer vielgestaltigen gewerblichen Vergangenheit. Das Ausflugs- und Besichtigungsangebot reicht von vor- und frühindustriellen Produktionsstätten

ehrenamtlichen Helfern bei, die in Vereinen, Museen und anderen Institutionen organisiert sind. Der Rad- und Wandertag am **21. Mai** führt zu vor- und frühindustriellen Bau- und Bodendenkmälern, die den technischen Standard unserer Vorfahren dokumentieren.

Der **12. Juni** steht im Zeichen von Wind und Wasser. Hunderte von Denkmälern, darunter Windmühlen und wasserbetriebene Hammerwerke, können am Pfingstmontag - dem traditionellen „Deutschen Mühlentag“ - besichtigt werden. Außerdem gilt das Augenmerk den Wassertürmen und Talsperren, welche die Geschichte der heimischen Wasserversorgung und Energieerzeugung dokumentieren.

Den beweglichen Denkmälern ist der **9. Juli** gewidmet. Zahlreiche Vereine, Freundeskreise und Museen werden Eisenbahnen, Straßenbahnen, Dampfmaschinen oder Nutzfahrzeuge in Fahrt setzen und zum Anfassen und Mitreisen einladen.

Am **13. August** locken industrie- und technikgeschichtliche Museen und Besucherbergwerke mit interessantem Programm. Der bundesweit begangene Tag des offenen Denkmals am **10. September** hat in Nordrhein-Westfalen die Umnutzung von Industriedenkmälern zum Thema.

DIE AUTORINNEN

Karin Dahm-Zeppenfeld, Kerstin Mahnke und Dr. Marita Pfeiffer koordinieren das „Jahr der Industriekultur 2000“ bei der Stiftung Industriedenkmalpflege

über malerisch gelegene Mühlen bis hin zu Zechen und Hüttenwerken, deren Besonderheiten im „Jahr der Industriekultur 2000“ bei mehr als 1000 Veranstaltungen zu erleben sind.

■ AKTIONSWOCHENENDEN

Schwerpunkt im „Jahr der Industriekultur“ werden die Aktions- und Ausflugswochenenden zu ausgewählten industrie- und technikgeschichtlichen Themen und Orten sein. Zum Gelingen trägt eine Vielzahl von

Foto: Helmes / MASSKS

Zwischen 16. April und 15. Oktober finden Sonderausstellungen, ein Geschichtswettbewerb, ein Filmfestival, ein Geschichtsfest sowie ein internationaler Kongreß zum Strukturwandel des Ruhrgebiets statt. Der Zeche Zollverein in Essen kommt als zentraler Veranstaltungsort in diesem Jahr besondere Bedeutung zu.

■ SONDERAUSSTELLUNGEN

Viele Sonderausstellungen thematisieren im Jahr 2000 die Industriegeschichte der Region. Im Rahmen des mehrteiligen Ausstellungsprojekts „Die Weser - EinFluss in Europa“, an dem verschiedene Museen beteiligt sind, widmet sich das Westfälische Industriemuseum Glashütte Gernheim in Petershagen beispielsweise dem „Weserglas für Übersee“. Das Deutsche Tabak- und Zigarrenmuseum in Bünde befasst sich mit dem Tabakimport von Übersee nach Westfalen unter Berücksichtigung der Weserschifffahrt.

Im Jahr 2000 steht im Münsterland die Tradition der Tuchindustrie im Vordergrund, die das Westfälische Industriemuseum mit zwei Ausstellungen in Bocholt thematisiert. Das Römisch-Germanische Museum der Stadt Köln dokumentiert in der archäologischen Landesausstellung „Fundort Nordrhein-Westfalen. Millionen Jahre Geschichte“ unter anderem die eisenzeitliche Salzgewinnung, die römische Glasfabrikation sowie den hochmittelalterlichen Glockenguß.

„Georg Agricola. Bilder aus dem Erzbergbau“ heißt eine Ausstellung in Bergisch-Gladbach, die das Bergische Museum für Bergbau, Handwerk und Gewerbe zusammen mit dem Netzwerk Industriekultur im Bergischen Land präsentiert; das Deutsche Werkzeugmuseum in Remscheid bietet „Werkzeuge der Industriezeit“.

Unter Denkmalschutz steht die alte Besteckfabrik Hesse in Schmallenberg

Foto: Heimatverein Fleckenberg e. V. / MMSKS



Im Ruhrgebiet wird neben Ausstellungen im Rahmen des Historama Ruhr 2000 unter anderem die groß angelegte Sonderausstellung „Vision Ruhr“ gezeigt. Die Kunst- und Medienausstellung ist ein Kooperationsprojekt Dortmunder Museen und wird im Westfälischen Industriemuseum Zeche Zollern II/IV zu sehen sein.

■ FILMREIHE

Das Filmbüro NW e.V. lädt in den Sommerferien zur Filmreihe „FilmSchauPlätze“ an außergewöhnlichen Orten der Industriekultur ein. Unter freiem Himmel, vor stillgelegten Fabriken, historischen Fassaden alter Maschinenhallen, futuristisch anmutenden Industrielandschaften und museal genutzten Denkmälern der Industrie- und Technikgeschichte werden dem Ort, seiner Architektur oder Geschichte entsprechende aktuelle Filme wie auch Kinoklassiker gezeigt.

In diesem Kontext wird die Industriedenkmalstiftung in Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen voraussichtlich an ihren Denkmalstandorten Kokerei Zollverein in Essen, Kokerei Hansa in Dortmund, Maschinenhalle der Zeche Zweckel in Gladbeck und Grube Adolf in Herzogenrath zum Ambiente passende Filme vorführen.

■ WETTBEWERB

Von Ende März bis Ende Oktober veranstaltet der Automobilclub ADAC in NRW gemeinsam mit dem Tourismusverband NRW einen landesweiten Tourismus- und Heimatwettbewerb unter dem Motto „Industrie- und Technikdenkmäler in NRW“. Zahlreiche bekannte und verborgene Sehenswürdigkeiten des Industriezeitalters können dabei angesteuert werden - nicht nur mit dem Auto.

Eine Broschüre, die von Ende März an bei allen ADAC-Geschäftsstellen erhältlich ist, beschreibt die Reiseziele und gibt den Wettbewerbsteilnehmern Rätsel auf, die sie vor Ort lösen müssen. Einsendeschluß ist der 31. Oktober 2000. Unter den richtigen Einsendungen werden attraktive Preise verlost.

■ KULTURPROJEKTE

Die Industriedenkmalstiftung, die das Jahr der Industriekultur koordiniert, bringt auch eigene Veranstaltungen ein. Kinder und Erwachsene können sich auf einen zirzensischen Höhepunkt freuen. Auf der Zeche Consolidation 3/4/9 in Gelsenkirchen-Bismarck wird voraussichtlich zwischen dem 9. und 11. Juni ein „ZechenZirkus“ präsentiert.

Das Projekt ist Bestandteil der 1998 begonnenen Kulturreihe, mit der die Stiftung in Zusammenarbeit mit Forum InterArt ihre Denkmäler einer breiten Öffentlichkeit vorstellt. Meistbesucht ist inzwischen die Kokerei Zollverein, seitdem 1999 die Ausstellung „Sonne, Mond und Sterne“ rund 220.000 Besucher angelockt hatte. Aufgrund des großen Erfolgs wird die Ausstellung von Mai bis Oktober dieses Jahres wiederholt.

Auch andere Veranstalter nutzen die Denkmäler der Stiftung als kulturellen Erlebnisort. So wird auf der Zeche Zweckel zwischen Mai und August mit der Ausstellung „here we go“ ein Skulpturenprojekt renommierter Künstler vorgestellt. Im Rahmen des Theaterfestivals „Theaterzwang“, Dortmund, startet im März in der Waschkaue der Kokerei Hansa das Performance-Projekt „Kachelhaut“.

Die Industriedenkmalstiftung gibt im April einen umfangreichen Veranstaltungskalender heraus. Dieser ist kostenfrei erhältlich bei allen Kommunen in NRW, bei örtlichen Tourismusbüros, ADAC-Geschäftsstellen und bei den Veranstaltern oder gegen DM 3,- Porto beim Koordinationsbüro der Stiftung. Alle Aktionen sind unter <http://www.industriedenkmal-stiftung.de> im Internet abzurufen. ●

K O N T A K T
 Stiftung Industriedenkmalpflege und
 Geschichtskultur
 „Jahr der Industriekultur 2000“
 Emscherallee 11
 44369 Dortmund
 Telefon 0231/931122-43 oder -44
 Telefax 0231/931122-10
 e-mail: industriedenkmalpflege@t-online.de



◀ Besucher im Bergisch Gladbacher Papiermuseum können zusehen, wie früher Papier geschöpft wurde

und ihr Kollege J. Georg Oligmüller mit Stolz auf die neue Filiale des Rheinischen Industriemuseums blicken. Nach fast einem Jahrzehnt Sanierung, Suche nach Exponaten und didaktischer Aufbereitung gewährt das Museum einen faszinierenden Einblick in die Techniken der Papierherstellung und die sozialgeschichtliche Bedeutung der „Ware Papier“. Rund 18 Millionen Mark kostete der Umbau, rund fünf Millionen Mark die Ausstellung.

Daß nach vielen Jahrzehnten Wohnnutzung keine Maschinen oder Arbeitsgeräte mehr vorhanden waren, hält Ohligmüller nicht für ein Negativum. Vieles wurde beschafft, manches nachgebaut oder wieder hergestellt, etwa das Mühlrad, das ein Stampfwerk aus Eichenholz antreibt. Der Bottich zum Papierschöpfen - Besucher können dabei zusehen - ist ebenfalls neu, allerdings nach alten Vorlagen gefertigt. Mentor Zanders spendete Gewichtiges: eine 40 Meter lange Papiermaschine, die mehr als 100 Jahre lang in Betrieb gewesen war. So können Besucher auf einem Rundgang durch mehrere Gebäude die Entwicklung der Papierproduktion über die Jahrhunderte anschaulich nachvollziehen.

Fotos: Lehrer

Edles Blatt aus Lumpen und Holz

Das neue Papiermuseum in Bergisch Gladbach konserviert ein Stück Industriekultur an einem nach wie vor aktiven Industriestandort

Der Strunder Bach - ein unscheinbarer Wasserlauf. Wie unzählige Bäche fließt er von den westlichen Ausläufern des Bergischen Landes dem Rhein zu. Vor 300 Jahren war ein solcher Bach ein Top-Standort. Das plätschernde Naß diente als Energieträger, zur Versorgung und zur Entsorgung. Kein Wunder, daß sich dort um die Wende zum 17. Jahrhundert diverse Papiermüller niederließen.

1614 auch an der Alten Dombach, zwei Kilometer östlich des heutigen Stadtzentrums von Bergisch Gladbach. Hier wuchs rasch eine handwerkliche Papierproduktion heran, angeheizt vom Papierbedarf der nahen Handelsmetropole Köln. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hielt an der Dombach der industrielle Fortschritt Einzug. Jakob Maurenbrecher, Kaufmann aus Düsseldorf,

baute dort eine Papierfabrik für die Produktion von Endlosbahnen auf.

1876 erwarb die Firma Zanders, einziges heute noch produzierendes Papierunternehmen in Bergisch Gladbach, die Anlagen an der Dombach. Für moderne Fabrikanlagen war das Areal zu eng, also wurden die Maschinen sukzessive stillgelegt.

■ MUSEUMSPLÄNE FEHLGESCHLAGEN

Pläne, an dieser historischen Stätte ein Papiermuseum einzurichten, gab es schon lange. Ein Versuch der Eigentümer Mitte der 80er Jahre schlug fehl, vermutlich wegen der immensen Kosten. Also übereignete die Firma Zanders 1987 Gelände und Häuser dem Landschaftsverband Rheinland - in der Hoffnung, die kommunale Solidargemeinschaft werde um Ideen und Finanzmittel nicht verlegen sein.

Heute, dreizehn Jahre später, können Museumsleiterin Dr. Sabine Schachtner

■ FÖRDERUNG DURCH ZANDERS

Auch wenn das Unternehmen Zanders sich aus der direkten Finanzierung und Trägerschaft des Museums heraushält, steht es nicht abseits. Über den Förderverein, der von Mitarbeitern maßgeblich getragen wird, ist in zehn Jahren annähernd eine Million Mark zusammengekommen. Außerdem schicken Zanders-Techniker regelmäßig einen Container mit Zellstoffbrei, damit für die Besucher fleißig Papier geschöpft werden kann.

Inmitten von Wiesen und Wald gelegen hat das Gebäude-Ensemble den Charakter eines Ausflugsziels. Ein Talweg entlang des Strunder Bachs führt Spaziergänger und Radfahrer direkt von der S-Bahn in die Welt des Papiers. Vom Museum aus sind kurze Rundwanderungen ausgeschildert. Kurator Oligmüller rechnet damit, daß die 150 Parkplätze im Sommerhalbjahr an den Wochenenden „gerammelt voll“ sein werden. Nachdem das Haus im August 1999 eröffnet wurde, steht die Bewährungsprobe einer kompletten Saison noch aus.



„INDUSTRIEKULTUR PUR“

Auch das Papiermuseum Bergisch Gladbach trägt seinen Teil zum „Jahr der Industriekultur 2000“ bei - durch Veranstaltungen, Vorträge und Sonderführungen. „Wir sind Industriekultur pur“, unterstreicht Oligmüller die Identität. Seiner Einschätzung nach ist der Grundgedanke „Erhaltung von Zeugnissen der Industriekultur“ aber noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Vieles Alte werde abgerissen, obwohl eine Neunutzung möglich wäre, rügt der Historiker und Volkskundler. Wie das aussieht, läßt sich ein paar hundert Meter bachabwärts besichtigen. Dort wurden die markanten Ziegelbauten der Locher-Mühle zugunsten eines Lebensmittel-Großmarktes abgerissen. „In einer schwierigen finanziellen Lage erscheint jeder Investor willkommen“, mutmaßt Oligmüller. (mle)

T Rheinisches Industriemuseum
A Alte Dombach
K 51465 Bergisch Gladbach
O Telefon 02202-93 668-0
N Telefax 02202-93 668-21
T geöffnet Di-So 10 bis 17 Uhr
A montags geschlossen
K Eintritt DM 5,-, ermäßigt DM 4,-

Kugelkocher aus den 1920-er Jahren zum Aufweichen von Lumpen und Stroh



Ein neues Rechenwerk steht vor der Tür

Nach dem Willen des NRW-Innenministeriums soll das Haushalts- und Rechnungswesen der Kommunen von der Kameralistik auf die doppelte Buchführung umgestellt werden

Unter dem Titel „Neues kommunales Finanzmanagement“ (NKF) werden derzeit fundamentale Änderungen des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens diskutiert. Grundlage ist eine Broschüre des NRW-Innenministeriums sowie ein Pilotprojekt in den Städten Münster, Dortmund, Düsseldorf, Moers und Brühl mit dem Ziel, dort die kaufmännische Buchführung in der Kommunalverwaltung einzuführen.

Das mutet technokratisch an, doch der Eindruck täuscht. Es handelt sich um eine Reform, die für die politische Arbeit der Räte und ihr Zusammenwirken mit der Verwaltung von großer Bedeutung ist und daher über das engere Fachpublikum hinaus diskutiert werden sollte.

BUDGETIERUNG

Zur Modernisierung der Kommunalverwaltung und zur Haushaltskonsolidierung hat sich die Budgetierung als eine erfolgreiche Schlüsselstrategie erwiesen. Im Rahmen der Budgetierung wird den Verwaltungseinheiten für einen konkreten Leistungsauftrag ein Ressourcenrahmen zur selbständigen Bewirtschaftung vorgegeben.

Das bedeutet, daß dem jeweiligen Fachamt nicht wie bisher eine Vielzahl von Einnahme- und Ausgabeansätzen verbindlich vorgegeben wird, sondern daß die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen eines Gesamtbudgets im einzelnen dem Fachamt überlassen wird. Die sogenannte dezentrale Ressourcenverwaltung wird kombiniert mit der Übertragbarkeit eingesparter Mittel in das kommende Haushaltsjahr, um so einen besonderen Anreiz zur wirtschaftlichen Aufgabenerledigung zu geben.

Vorteil der Budgetierung ist die Mobilisierung von Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative in den einzelnen Verwaltungseinheiten. Durch größere Flexibilität können erhebliche Wirtschaftlichkeitspotentiale aufgedeckt werden.

Aus dem Verzicht des Rates auf verbindliche Vorgabe einzelner Haushaltsstellen ergibt sich allerdings die Notwendigkeit eines intensiveren Berichtswesens. Die Budgetverantwortlichen müssen dem Rat und den Fachausschüssen laufend über ihr Agieren im Rahmen der Budgets berichten.

Der größeren Freiheit der Verwaltungsbereiche steht also eine größere Verantwortlichkeit für das Verwaltungshandeln gegenüber. Diese Grundgedanken sind heute nicht mehr umstritten. Die Budgetierung hat sich praktisch in allen Städten und Gemeinden - wenn auch in unterschiedliche Ausformung - durchgesetzt.

HAUSHALTSGLIEDERUNG

Als Grundlage für die örtliche politische Planung und als Managementinstrument für die Verwaltungsführung sollen die Haushalte zukünftig die örtliche Verwaltungsstruktur abbilden. Diese Forderung folgt zwangsläufig aus dem Grundgedanken der Budgetierung. Wenn im Rahmen eines budgetorientierten Haushalts den einzelnen Fachämtern Budgets zur Verfügung gestellt werden sollen, so muß dies auch ohne größere Probleme dem Haushaltsplan entnommen werden können.

Das bedeutet, daß die Haushaltspläne nicht nach den Gliederungsvorschriften herkömmlicher Art strukturiert bleiben können, sondern die jeweils örtliche Verwaltungsstruktur abbilden müssen. Dies ist in vielen Städten und Gemeinden bereits der Fall.

Aus haushaltsrechtlichen und statistischen Gründen verlangt allerdings die Kommunalaufsicht, daß parallel ein nach der herkömmlichen Gliederung und Gruppie-

DER AUTOR

Frank Stein ist Finanzreferent beim Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeinbund



... rung aufgestellter Haushalt beschlossen wird. Diese Doppelarbeit kann auf lange Sicht nicht aufrechterhalten werden. Im übrigen ist es heute EDV-technisch kein Problem, unterschiedlich strukturierte Haushalte aus einer gemeinsamen Datenbasis zu entwickeln.

LEISTUNGSVORGABEN

Die Steuerung der Kommunen durch die politischen Gremien und die Verwaltungsführung sollte verbessert werden, indem - zusammen mit der Ressourcenzuweisung - in den Haushaltsplänen konkrete Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen (Produkte) gemacht werden.

Dies ist in den meisten Kommunen noch nicht der Fall. Die Räte legen in den Haushalten nicht fest, welche Produkte oder Dienstleistungen erbracht werden sollen, sondern sie regeln, welche Einnahmen und Ausgaben seitens der Verwaltung zu realisieren sind. Statt der Outputsteuerung über Produkte findet also eine Inputsteuerung über kassenwirksame Einnahmen und Ausgaben statt.

Überträgt man diese Art der Haushaltsaufstellung in Städten und Gemeinden auf ein Wirtschaftsunternehmen, etwa einen Automobilhersteller, bedeutete dies folgendes: Der Aufsichtsrat befaßte sich nicht damit, welche Auto-Typen gebaut werden, welche Marktstrategie verfolgt und welche Produktionsmittel eingesetzt werden. Er beschloß lediglich auf der Grundlage von Daten aus der Vergangenheit, welche Einnahmen das Unternehmen erzielen solle und welche konkreten Ausgaben zulässig seien.

Offensichtlich ist dies ein völlig undenkbarer Vorgang. Sicher gehört das operative Geschäft mit all seinen Facetten nicht in das Aufsichtsgremium, wohl aber die Entscheidung über Eckpunkte des unternehmerischen Handelns. Ein Aufsichtsrat, der die Dinge treiben läßt, erfüllt seine Pflichten nicht. Und dies gilt - bei allen Unterschieden zwischen Unternehmen und Kommunen - im Grundsatz ebenso für Städte und Gemeinden und ihre Räte.

Deshalb ist es erforderlich, daß die politischen Gremien der Städte und Gemeinden nicht mehr lediglich über Einnahmen und Ausgabenermächtigung befinden, sondern auch die konkreten Leistungen beschließen, die von der Verwaltung mit den zugewiesenen Budgets er-

bracht werden sollen. Zu jeder Finanzvorgabe gehört eine Leistungsvorgabe. Dann regeln Räte und Kreistage endlich das, was eigentlich Inhalt der Politik ist, nämlich Art und Umfang der kommunalen Leistungen.

Dieser Grundgedanke wird in der Fachwelt kaum noch ernsthaft bestritten. Bisher ist es allerdings nicht zu einem Produktkatalog, der auf alle nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden anwendbar wäre, gekommen. Einen solchen wird es wohl kaum jemals geben. Produktstruktur und Leistungsvermögen der Städte und Gemeinden sind zu unterschiedlich.

Daher sehen auch die Überlegungen des NRW-Innenministeriums nicht vor, einen allgemein verbindlichen Produktkatalog vorzuschreiben. In das Haushaltsrecht soll vielmehr eine grundsätzliche Verpflichtung zur Darstellung der Produkte aufgenommen werden. Im einzelnen könnte dann jede Kommune selbst entscheiden, wie differenziert sie ihre Produkte in der Haushaltsplanung darstellen will, was zu begrüßen wäre.

Kosten und Erlöse müssen im Haushalt so veranschlagt werden, daß sie die Ziele der Kostensteuerung und der verursachergerechten Zuordnung zu den Leistungen optimal unterstützen. Die Zuordnung von Kosten und Erlösen zu den einzelnen Leistungen der Städte und Gemeinden ist zwingende Konsequenz aus der Produktorientierung der Haushalte.

RESSOURCENVERBRAUCH DARSTELLEN

Das dem geltenden Haushaltsrecht zugrundeliegende Konzept der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung soll durch das Ressourcenverbrauchskonzept abgelöst werden, um in den kommunalen Haushalten den vollständigen Ressourcenverbrauch periodengerecht darzustellen.

Kerngedanke dieses Konzeptes ist, daß die kommunalen Haushalte künftig nicht nur die Geldeinnahmen und Geldausgaben wiedergeben sollen, sondern auch den Ressourcenverbrauch. Dies sind auch Ab-

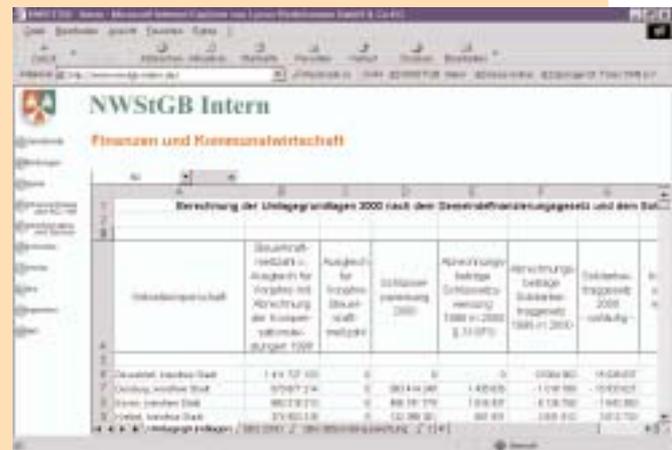
LINK DES MONATS

http://www.intern.nwstgb.de

Das Intranet des NWStGB

Teil IV: Fachinformation und Service

Die Information der Mitgliedsstädte und -gemeinden durch Schnellbriefe oder die MITTEILUNGEN sowie die Dokumentation der Gremienarbeit sind in den vorangegangenen Folgen von „Service Intranet“ bereits vorgestellt worden. Was aber geschieht mit Informationen, die sich nicht für einen Schnellbrief oder eine Mitteilungsnotiz eignen? Hier ist zu denken an Gesetze und Gesetzentwürfe, Stellungnahmen und Positionspapiere, Veranstaltungshinweise und Ausschreibungen, Umfrageergebnisse und Statistiken. Durch das Intranet ist es möglich, allen Mitgliedskommunen mit hoher Aktualität Materialien zur Verfügung zu stellen, die vorher wegen des Umfangs nur auf Anfrage verschickt werden konnten. Eine hohe Flexibilität wird dadurch gewährleistet, daß jeder Referent der Geschäftsstelle das Angebot seines Bereichs eigenverantwortlich aufbaut und aktualisiert. Rubriken wie „Mustersatzungen“, „Positionspapiere“, „Europa“ oder „Presse und Medien“ erlauben einen schnellen Zugriff auf Arbeitsmaterialien des Verbandes zu speziellen Themenbereichen. (cha)



schreibung und Verzinsung, also der Wertverlust der Anlagegüter der Kommune sowie der Zinsverlust, der durch nicht erfolgte Anlage von bereits investiertem Geld eingetreten ist.

Die Frage, ob dieses Ressourcenverbrauchskonzept zwingend eingeführt werden soll, ist wohl der umstrittenste Punkt des neuen kommunalen Finanzmanagements. Das NRW-Innenministerium verfolgt die Absicht, dies zwingend für alle Städte und Gemeinden einzuführen. Dies würde bedeuten, daß sämtliche Anlagegüter der Städte und Gemeinden im Sinne einer Eröffnungsbilanz zu bewerten wären. Dann wäre in jedem Haushaltsjahr der entsprechende Wertverlust als Abschreibung und zusätzlich die kalkulatorische Verzinsung darzustellen - und konkret zu erwirtschaften.

Positiv wäre, daß der gesamte Ressourcenverbrauch transparent im kommunalen Haushalt und auch im Jahresrechnungsergebnis dargestellt würde. Es wäre in Zahlen konkret faßbar, daß die Städte und Gemeinden nicht nur Geldleistungen zu erbringen haben, sondern darüber hinaus zum Substanzerhalt verpflichtet sind.

Kehrseite der Medaille ist allerdings, daß ein Ressourcenverbrauchskonzept eine flächendeckende Bewertung des kommunalen Vermögens nötig macht. Die Bewertungsgrundsätze hierfür sind noch zu entwickeln. Doch selbst wenn es gelingt, diese schlüssig zu formulieren, käme mit der flächendeckenden Bewertung aller kommunalen Anlagegüter eine enorme Arbeitsbelastung auf die Verwaltungen zu.

Insbesondere in den kleineren Kommunen wäre diese Aufgabe mit eigenem Personal nicht umsetzbar. Die zwingende Einführung des Ressourcenverbrauchskonzepts bedeutete also ein veritables Arbeitsbeschaffungsprogramm für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

■ IMMENSER AUFWAND

Es stellt sich die Frage, ob dieser Aufwand gerechtfertigt ist. Dies hängt davon ab, wie hoch man die Kostentransparenz der Kommunalhaushalte einschätzt. Eben dies hängt von den örtlichen Strukturen ab, also vom Haushaltsvolumen, von Zahl und Umfang der ausgegliederten Betriebe, EDV-Ausstattung, Investitionsvolumen.

FAZIT

OPTION MUSS BLEIBEN

Die Diskussion zum neuen kommunalen Finanzmanagement ist noch im Fluß. Insbesondere die aus dem Pilotprojekt des Landes gewonnenen Erkenntnisse werden den weiteren Verlauf bestimmen. Bereits jetzt ist erkennbar, daß das NRW-Innenministerium mittelfristig das Ziel verfolgt, das Ressourcenverbrauchskonzept flächendeckend einzuführen, verbunden mit der Pflicht zur Aufstellung einer kommunalen Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund tritt dafür ein, daß Städte und Gemeinden selbst entscheiden können, ob sie beim herkömmlichen Haushaltsmodell bleiben oder sich nach den Reformvorstellungen des Landes neu orientieren. Einen Zwang darf es nicht geben. Unabhängig davon sollten sich Politiker und Verwaltung in den Städten und Gemeinden intensiv mit dieser Problematik befassen, um sich auf mögliche Änderungen einstellen zu können.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund haben sich stets für ein Optionsrecht der Städte und Gemeinden eingesetzt. Den Städten und Gemeinden soll freigestellt sein, ob sie den Schritt zur vollständigen Umsetzung des Ressourcenverbrauchskonzepts tun wollen oder nicht. Die Bundes-Innenministerkonferenz hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Freilich beurteilt das NRW-Innenministerium diese Frage anders. Von dort ist mehrfach angekündigt worden, das Ressourcenverbrauchskonzept für alle Städte und Gemeinden zwingend einzuführen. Doch damit käme ein weiteres Problem auf die Kommunen zu. Wie soll im Rahmen des Ressourcenverbrauchskonzepts der Haushaltsausgleich definiert werden? Soll bereits jeder Haushalt als nicht ausgeglichen gelten, bei dem der jährliche Ressourcenverbrauch nicht vollständig erwirtschaftet wurde? Das wäre konsequent, hätte allerdings die Folge,

daß alle Städte und Gemeinden in ein Haushaltssicherungskonzept gerieten.

■ KOMMUNALE BILANZ

Als neues Element im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen soll nach Auffassung des NRW-Innenministeriums die kommunale Bilanz eingeführt werden. Sie informiert umfassend über das Vermögen sowie die Schulden und dient als Wertspeicher und Grundlage für die Ermittlung des Ressourcenverbrauchs.

Wenn man sich für das Ressourcenverbrauchskonzept entscheidet, ist die Aufstellung der kommunalen Bilanz logische Konsequenz. Wenn die Städte und Gemeinden künftig in der Lage sind, über den gesamten Ressourcenverbrauch Auskunft zu geben, steht einer entsprechenden Darstellung im Sinne eines Vermögensvergleichs zum Jahresende nichts im Wege.

Ferner hätte dies zur Folge, daß im Rahmen einer konsolidierten Gesamtbilanz die wirtschaftliche Situation der Kernverwaltung und der bereits seit langem kaufmännisch buchenden ausgegliederten Betriebe zusammengefaßt werden könnte. Es handelt sich also bei der kommunalen Bilanz um ein grundsätzlich sinnvolles Vorhaben. Aber auch hier darf es keine Zwangsregelung geben. Vielmehr ist ebenfalls eine Optionslösung anzustreben.

■ KAMERALISTIK UND DOPPIK

Die Diskussion um das neue kommunale Finanzmanagement wird vielfach unter der Kurzformel „Doppik oder Kameralistik“ geführt. Gleichwohl sind Doppik und Kameralistik lediglich verschiedene Buchungssysteme, die beide die Umsetzung des Ressourcenverbrauchskonzepts ermöglichen.

Für die Doppik spricht, daß sie in den kaufmännisch buchenden ausgegliederten Betrieben der Kommunen bereits heute angewendet wird. Eine Umstellung der Kernhaushalte auf die Doppik würde die kostenträchtige Parallelität zweier Buchungssysteme, wie sie heute noch vorzufinden ist, beseitigen. Für viele kleinere Gemeinden dürfte dieses Argument jedoch nicht stichhaltig sein.

Daraus folgt, daß der NWStGB auch hier eine Zwangsregelung ablehnt, sondern eine Optionslösung befürwortet. Wer kaufmännisch buchen will, darf daran nicht gehindert werden. Es darf aber auch keine Kommune dazu gezwungen werden. ●



Eine ganze Stadt spielt Theater

Straßen, Plätze und Häuser der Altstadt von Warendorf werden bei der TheaterZeitReise zur Bühne



Foto: Stadt Warendorf

Zum 800-jährigen Bestehen inszeniert die Stadt Warendorf in ihren Straßen und Gassen eine große TheaterZeitReise - unter Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen

Wenn am 24. Juni 2000 gegen Mitternacht in Warendorf die große Jubiläumsinszenierung „TheaterZeitReise“ zum Finale ansetzt, werden zwei Jahre Arbeit hinter dem Vorbereitungsteam der Stadt Warendorf und dem Produzenten Forum InterArt aus Dortmund liegen.

Beide Seiten können dabei auf reiche Erfahrung zurückgreifen. Die Agentur Forum InterArt hat bereits in drei Städten eine TheaterZeitReise aufgeführt - zuletzt die mit dem Event Award 1997 ausgezeichnete Ins-

DIE AUTOREN

Horst Breuer ist Sachgebietsleiter Kultur bei der Stadt Warendorf, **Uwe Kiwitt** arbeitet beim Forum InterArt

zenierung zur 750-Jahr-Feier der Stadt Plettenberg. Auch für die Warendorfer Kulturplaner ist es nicht die erste Inszenierung unter freiem Himmel (s. Kasten rechts).

Dennoch ist jede Aufführung nicht nur für die Mitarbeiter um Regisseur Wolfram Lenssen eine Premiere. Denn die Geschichte einer jeden Stadt ist einzigartig, und jedes Regiebuch muß - abgesehen von wenigen Ausnahmen wie den in vielen Landstrichen wütenden Pest-Epidemien des Mittelalters - komplett neu geschrieben werden.

RECHERCHE IM STADTARCHIV

Das Stadtarchiv ist der wichtigste Ort für die Dramaturgen von Forum InterArt. Hier finden sie das Material, aus dem „Stadt-Theater“ gemacht wird: Überlieferung von großen Ereignissen wie auch kleine Anekdoten. Dabei spüren sie heiteren Episoden ebenso nach wie den dunklen Epochen der Geschichte.

Nicht alles, was die Geschichte einer Stadt prägt, ist archivarisches gesichert. Auch viele Alltagsgeschichten, die über Generationen überliefert wurden, sind neben anderen Skurrilitäten aus Vergangenheit und Gegenwart von besonderem Interesse für die Inszenierung einer lebendigen „TheaterZeit Reise“.

Welche Zielsetzung steht hinter der Idee, ein solches Projekt zum Höhepunkt des Warendorfer Stadtjubiläums zu erheben? Es ist weniger der Wunsch, ein Historienspektakel à la Ritterspiele zu inszenieren, das eine Stadt für einen Tag in die Vergangenheit zurückversetzt. Vielmehr ist es ein Szenario, das ´mal heiter, ´mal besinnlich markante Eckpunkte der Stadtgeschichte auf unterschiedlichen Ebenen thematisiert.

Stadtgeschichte soll nicht naturalistisch nachgespielt, sondern in der Theaterästhetik der jeweiligen Epoche lebendig gemacht werden. Für die Zuschauer soll deutlich werden, daß die Aufführungen nur Annäherung an Geschichte sein können.

PLÄTZE ALS BÜHNE

Das Geschehen ist nicht allein auf Bühnenaufbauten konzentriert: Straßen, Plätze und Gassen der historischen Altstadt werden zur großen Bühne. Wo sonst mit aufwendigen Requisiten und Bühnenaufbauten Atmosphäre geschaffen werden muß, reicht in Warendorf die eindrucksvolle Architektur aus. Eine Treppe oder ein Balkon werden zum Spielort - oder ein Wohnhaus wieder zum Badehaus, das es früher einmal gewesen war.

Mobile Aktionen wie ein Pestzug durch die verwinkelten Gassen der früher armen Stadtviertel dynamisieren das Geschehen und lassen die Zuschauer die Lebensumstände vergangener Epochen erahnen. Gaukler, Jongleure oder Schauspieler in Stegreifrollen lenken spontan Besucherströme, wenn sich an einem Ort Engpässe bilden.

Bei aller Akribie, mit der die Veranstaltung geplant wird, soll der Besucher aber ein Höchstmaß an Freiheit behalten und ohne Hektik die verschiedenen Aktionen genießen. An allen Zugängen zur Innenstadt wird es daher ein Programmheft mit Stadtplan geben, aus dem ersichtlich ist, wann und wo gezeigt wird.



STADT WARENDORF
800 JAHRE "1200-2000"

Eile ist nicht geboten. Jede Szene wird mehrfach wiederholt, so daß die Zuschauer ihre eigene TheaterZeitReise durch 800 Jahre Warendorf zusammenstellen und Schwerpunkte setzen können. Vom Mittelalter kann ein kurzer Abstecher ins 20. Jahrhundert gemacht und

anschließend zu Prunk und Leiden der Barockzeit zurückgekehrt werden.

Manche Aufführungen erfordern mehr Konzentration, während gleichzeitig einige Straßen weiter die kleinen Besucher bei Märchenerzählern und Narren ihr Vergnügen finden. Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt sein. Verschiedene „Theaterfoyers“ laden zudem zu Gesprächen über das Gesehene ein.

STADTGESCHICHTE FORTSCHREIBEN

Die TheaterZeitreise ist ein ungewöhnliches Spektakel, das es nicht „von der Stange“ gibt. Zwei Monate intensive Probenarbeit mit rund 40 professionellen Schauspielern, Musikern und Tänzern in den eigenen Räumen, anschließend eine Probenwoche vor Ort und schließlich „Vorhang auf“ für die TheaterZeitreise.

„UNTERGANG“ WURDE ERFOLG

Die Warendorfer Kulturplaner können bei der TheaterZeitReise zum 800-jährigen Bestehen der Stadt auf Erfahrung mit open-air-Theater zurückgreifen. Seit acht Jahren veranstaltet die Stadt mit ihrem „Warendorfer Sommer“ ein Stadtfest jenseits von Bratwurst und Bierstandatmosphäre.

Mit „Theater, Töne, Turbulenzen“ verließ die Stadt Anfang der 90er Jahre erstmals die Pfade traditioneller Stadtfeste und entwickelte ein Sommer-Kultur-Konzept, das 1993 in ein großes Theaterspektakel unter freiem Himmel mündete. In einem vierstündigen Programm erlebten Hunderte von Menschen den „Untergang der Titanic“. Die dramaturgisch durchdachte und unterhaltsame Inszenierung, die mit einer Unmenge von Feuer und Wasser endete, machte den „Warendorfer Sommer“ schnell über die Stadt hinaus bekannt.

Hunderte von Besuchern verfolgten im Sommer 1993 in der Warendorfer Altstadt die nächtliche Theaterinszenierung „Der Untergang der Titanic“ unter freiem Himmel



Foto: Stadt Warendorf

Aus Sicht eines städtischen Kulturplaners und Theatermakers könnte man es sich wohl einfacher machen. Das besondere Flair würde aber fehlen. Es wäre nicht mehr als ein gekonnter Import, aber kein Fest für die Bürger und insbesondere mit den Bürgern. Es ist die Einbindung breiter Teile der Bürgerschaft, welche die Inszenierung zu einem großen Gemeinschaftserlebnis werden läßt und zugleich wieder ein Stück Stadtgeschichte schreibt, an das alle Beteiligten noch lange zurückdenken werden.

Vor dem Erfolg steht aber der Schweiß: Mehr als 300 hochmotivierte Bürgerinnen und Bürger stehen für die Besetzung unterschiedlichster Szenen bereit. Wer ist am ehesten geeignet, die Rolle der lasziven Bade- frau zu übernehmen? Wer verkörpert glaubwürdig die Rolle des apodiktischen Pfarrers im 30-jährigen Krieg? Wer hat immer schon davon geträumt, Pestleiche zu sein?

Was auf den ersten Blick lustbetont erscheint, erfordert ein hohes Maß an Disziplin, Menschenkenntnis und Einfühlungsvermögen. Da sind Klischees im Hinterkopf von schönen und aufwendigen Kostümen, imposanten Rollen und glanzvollen Erscheinungen. Die gibt es auch, aber daneben existieren Armut, Häßlichkeit und Schmutz.

Alle Rollen wollen glaubhaft verkörpert sein. Überzeugungstäter sind gefragt, Regisseure und Planer vor Ort, die sich mit der Idee identifizieren, und nur so durch viele Gespräche den Funken der Begeisterung überspringen lassen können.

Alle notwendigen Absprachen sind bereits getroffen. Die Proben mit den Bürge-

rinnen und Bürgern beginnen jedoch erst in den letzten vier bis sechs Wochen vor der Aufführung, um die Konzentration aufrecht zu erhalten.

Dennoch gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen. Mehr als dreihundert Kostüme müssen geschneidert, Requisiten hergestellt oder beschafft werden. Denn keine Kommune hat zufällig einen Pestkarren in der Ecke stehen. Hier ist ehrenamtliches Engagement sowie die Einsatzbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gefragt.

Auch außerhalb der Inszenierung ist vieles zu planen. Kommunale Team-Arbeit ist hier gefragt. Städtischer Baubetriebshof, Ordnungsamt, Kämmerei - viele Abteilungen bis hin zum Personalamt sind gefordert, um eine ganze Innenstadt abzusperren, die „Theaterkassen“ zu besetzen, Bühnen aufzubauen und Bewirtungszonen einzurichten.

Das alles findet hinter den Kulissen statt, bis der große Tag der Generalprobe am Vortag der TheaterZeitReise kommt. Der Applaus gehört dann den Akteuren auf den Bühnen. Dank gilt aber auch den vielen Helferinnen und Helfern aus Warendorf, die viele Wochen hinter den Kulissen am Gelingen der TheaterZeitReise gearbeitet haben.

■ BÜRGER ALS DARSTELLER

Die Einbindung der Laien in das künstlerische Gesamtkonzept, ohne daß am Ende Laientheater herauskommt, ist wohl die sensibelste Aufgabe der TheaterZeitReise. Unverzichtbar sind dafür das Know-how und die guten Kontakte der Warendorfer Kulturplaner zu den mitwirkenden Vereinen und Initiativen.

Die Vielzahl der anderen Aufgaben ist eher berechenbar. Egal ob es um die Beschallungs- und Beleuchtungsanlagen, die Masken- und Kostümbildnerie für Profidarsteller oder die Proben mit den Künstlern geht: Hier kann auf eingespielte Arbeitsstrukturen zurückgegriffen werden, so daß die Koordination im Mittelpunkt steht.

Ständig aktualisierte Aufgabenlisten und Ablaufpläne gehören zu einer solchen Produktion. Denn leicht kann bei der Fülle von Aufgaben eine Kleinigkeit mit großer Wirkung vergessen werden. Immer wieder wird der gesamte Ablauf durchgespielt, und es werden neue Anforderungen in die Listen und Pläne eingearbeitet.

Wer meint, Kommunen seien zu solch kreativen Leistungen nicht in der Lage, kann sich selbst vom Gegenteil überzeugen, wenn am Samstag, 24. Juni 2000, die TheaterZeitReise eine ganze Stadt in Atem hält. ●

BUCH - TIPP

FLÄCHENPOOL UND ÖKOKONTO

Chancen für umwelt- und kostenbewußte Kommunen, Broschüre des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA), kostenlos bestellen bei BDLA, Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin, Fax: 030-27871555, e-mail: infobdla.de oder im Internet www.bdla.de

Mit der Novellierung des Baugesetzbuches wurden den Städten und Gemeinden weitreichende Möglichkeiten für vorausschauendes, umweltbewußtes Flächenmanagement eröffnet. In der handlichen 20seitigen Broschüre gibt der BDLA eine allgemein verständliche Einführung in die neuen Instrumente „Flächenpool“ und „Ökokonto“. Deren Ziele, Chancen und Potentiale werden aufgezeigt, um Kommunen zu ermuntern, diese künftig zielgerecht anzuwenden.





Vom Abwasser zum Qualitätsprodukt

Zwei Abwasserbetrieben - in Lünen und in Bergisch Gladbach - wurde erstmals die Einführung eines Integrierten Managementsystems per Zertifikat bescheinigt

Der erste Schritt ist getan. Im Herbst 1999 wurden in Nordrhein-Westfalen bundesweit erstmalig zwei kommunale Abwasserbetriebe nach den internationalen Normen

- DIN EN ISO 9001 für Qualität
- DIN EN ISO 14001 für Umwelt

durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS) zertifiziert. Staatssekretärin Christiane Friedrich vom NRW-Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft händigte Ende Januar in Düsseldorf die Urkunden an die Verwaltungschefs der Städte Bergisch Gladbach (103.000 Einwohner) und Lünen (93.000 Einwohner) aus.

ABWASSERENTSORGUNG KOMMUNALE AUFGABE

Was war der Anlass für das nordrhein-westfälische Umweltministerium, zusammen mit der Abwasserberatung NRW e.V ein Pilotprojekt zur Implementierung eines Qualitäts- und Umweltmanagementsystems zu starten? Schutz des Grundwassers sowie der Bäche und Flüsse ist in Deutschland seit langem zentrales Thema der Umweltpolitik.

Freude über den Erfolg: Staatssekretärin Christiane Friedrich (links) überreicht Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen und Werkleiter Jörg Werner aus Bergisch Gladbach die Zertifizierungs-Urkunde



Foto: Lehrer

Zündstoff bietet jedoch immer wieder die Abwasserentsorgung als überwiegend hoheitliche Aufgabe, praktiziert von den Städten und Gemeinden. Neben stetig steigenden Abwassergebühren verunsichert auch der desolate Zustand der Kanalisation Bürger wie Politiker.

Diese Situation bietet klassischen Abwasserbetrieben - etwa kommunalen Tiefbauämtern - die Chance, alte Strukturen und Abläufe zu überdenken. Eine inhaltliche Erneuerung muss jedoch einhergehen mit einem Gesinnungswandel. Kommunale Abwasserentsorgung darf sich nicht auf die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags beschränken. Vielmehr müssen Betreiber auch die Aspekte

- Wirtschaftlichkeit
 - Kundenzufriedenheit
 - Mitarbeiterzufriedenheit
- berücksichtigen, wenn sie modernen Anforderungen gerecht werden wollen.

GANZHEITLICHE SICHT

Anzustreben ist eine ganzheitliche Betrachtung der dem Betrieb gestellten Aufgabe, denn Tätigkeiten sowie Regelungen zur Durchführung - etwa Dienst- und Betriebsanweisungen - enthalten häufig Aspekte aus mehreren Bereichen, beispielsweise Qualität, Umwelt, Arbeitssicherheit oder Kostenmanagement. Gerade dieses Zusammenführen unterschiedlicher Aspekte zeichnet ein integriertes Managementsystem aus.

Welche Interessenpartner - sprich: Kunden - hat der Betrieb? Da sind zunächst die Mitarbeiter sowie Zuträger aus kommunalen Ämtern wie Planung, Bauverwaltung, Kämmerei und Liegenschaft. Auch wenn diese quasi „zur Familie“ gehören, können sie als Interne Kunden gelten.

Die Externen Kunden sind leicht aufgezählt: allen voran der Staat als Gesetzgeber, die Aufsichtsbehörden, die Wasserverbände, aber auch Ingenieurbüros, Baufirmen sowie andere Ver- und Entsorger - und nicht zuletzt die Öffentlichkeit in Gestalt der Bürger und Medien. (siehe Tabelle).

■ VIELFÄLTIGER NUTZEN

Welcher Nutzen läßt sich aus einem integrierten Managementsystem ziehen, fragen zu Recht die Betreiber von Abwasseranlagen. Da ist zum einen die rechtliche Seite. Wer seine Abläufe regelmäßig überprüft, kann weit besser den Vorwurf des Organisationsverschuldens abwehren. Insgesamt erwächst daraus mehr Rechtsicherheit im Betrieb.

Transparente Abläufe tragen dazu bei, die Leistung des Abwasserbetriebes und die Qualität des Produktes zu stabilisieren. Zudem werden Einsparpotentiale aufgedeckt, was Kosten und damit letztlich die Gebühren senkt. Eine bessere Kenntnis der eigenen Produktionsprozesse und eine lückenlose Überwachung hilft, die Mitarbeiter vor Gefahren am Arbeitsplatz zu schützen und Umweltbelastung zu vermeiden.

INTERNE KUNDEN	EXTERNE KUNDEN
<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeiter • Interne Lieferanten z.B. aus Ämtern wie Bauverwaltung/ Planung/Kämmerei/ Liegenschaft • Ausschüsse 	<ul style="list-style-type: none"> • Staat/Gesetzgeber • Aufsichtsbehörden • Wasserverbände • Bürger • Externe Lieferanten z.B. Ingenieurbüros/ Baufirmen • Medien • Andere Ver- und Entsorger

Neu ist für viele Abwasserbetriebe das Denken in Kundenbeziehungen

Ohne Zweifel dürften solche Maßnahmen die Identifikation mit dem Betrieb erhöhen und dessen Image in der Öffentlichkeit verbessern. Der systematische Aufbau von Fachkompetenz sichert die Zukunftschancen des Betriebes - auch gegenüber privaten Wettbewerbern.

Ziel des Pilotprojektes in Lünen und Bergisch Gladbach war es, Einsparpotentiale zu erschließen durch den Aufbau eines integrierten Managementsystems als Instrument für eine optimierte Betriebsorganisation. Die Grundlage dazu gab das Musterhandbuch M 801 der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV). Erarbeitet wurde schließlich eine umfangreiche Musterdokumentation, bestehend aus Leitfaden, Muster-Handbuch und 35 Verfahrensanweisungen.

■ EINFÜHRUNG VON QUM

Die Einführung eines Qualitäts- und Umweltmanagement-Systems (QUM) - so das Ergebnis des Pilotprojektes - beginnt mit



der Selbstverpflichtung der Betriebsleitung. Nach der Mitarbeiter-Information - dem zwingend nächsten Schritt - sollte ein Projektteam gebildet werden, das sofort mit der Erfassung aller Prozesse und Tätigkeiten beginnt, die Auswirkungen auf Qualität und Umwelt haben (siehe Schaubild).

Von da an laufen Bestandsaufnahme und Erarbeitung der QUM-Leitlinien parallel. Aus der Formulierung von Qualitäts- und Umweltzielen geht ein Maßnahmenkatalog hervor. Dieser muß formell in Kraft gesetzt und mit Leben erfüllt werden. Abgerundet wird die Einführung von QUM durch ein Netz von internen Kontrollen, die in regelmäßige Berichte - sogenannte Audits - einmünden.

Das ideale Managementsystem eines Abwasserbetriebes ruht auf zwei Säulen: der Abwasserentsorgung und Gewässerunterhaltung auf der einen sowie der Bereitstellung der betrieblichen Mittel auf der an-

deren Seite. In einem mehrstufigen Verfahren muß aus der Unternehmenspolitik (allgemein) die Ablauforganisation (speziell) entwickelt werden.

■ HILFSTELLUNG

Die Abwasserberatung NRW e.V. gibt nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden Hilfestellung auf unterschiedliche Art und Weise:

Durch eine **Musterdokumentation**

Durch ein **Beratungspaket** bestehend aus

- Rechts- und Regelwerksdatenbanken
- Schulung
- Durchführung von internen Audits
- Einbindung des Betriebes in eine Matrix-zertifizierung
- Dynamische Anpassung der Musterdokumentation

Durch eine **Software zur Betriebsorganisa-**

tion AkoPro (Abwasser-Kompakt-Programm für Kommunen).

In NRW befinden sich derzeit weitere drei Abwasserbetriebe - die der Städte Coesfeld, Paderborn und Münster - in der Implementierungsphase. Darüber hinaus werden fünf Betriebe im ersten Halbjahr 2000 eingebunden. Damit soll der Nachweis erbracht werden, dass das neue Instrument „Managementsystem plus Zertifizierung“ auch für kleine Gemeinden Verbesserungspotential bereithält. ●

K O N T A K T Abwasserberatung NRW e.V.
Kaiserswerther Str. 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211-430 77-0
Telefax 0211-430 77-22
e-mail: AbwasserberatungNRW@t-online.de
Internet: <http://www.abwasserberatungNRW.de>

BESCHLÜSSE DES PRÄSIDIUMS AM 02. FEBRUAR 2000

Folgende Beschlüsse faßte das Präsidium des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes auf seiner 139. Sitzung am 02. Februar 2000 in Düsseldorf

Sparpaket: Das Präsidium begrüßt die Beibehaltung der Bundesleistungen beim pauschalierten Wohngeld (vermeidene Mehrbelastung für NRW-Kommunen 500 Mio DM pro Jahr). Das Gremium kritisiert jedoch die Kürzungen beim Unterhaltsvorschuß sowie die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe (zu erwartende Mehrbelastung für NRW Kommunen 140 Mio DM jährlich). Ferner bekräftigt das Präsidium seine Forderung, das Kindergeld künftig nicht mehr mit der Einkommensteuer zu verrechnen.

Unternehmenssteuerreform: Das Präsidium verwahrt sich gegen eine Schwächung der im Grundgesetz verankerten gemeindlichen Finanzautonomie, die eine wirtschaftsbezogene Steuer mit Hebesatzrecht für die Kommunen einschließt. Mit der Unternehmenssteuerreform müsse zwingend eine Gemeindefinanzreform verbunden sein. Eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an Land und Bund lehnt das Gremium ab. Stattdessen müsse der Kreis der Gewerbesteuerzahler durch Einbeziehung der freien Berufe erweitert und damit die Belastung für die einzelnen Firmen gesenkt werden.

Gestuftes Aufgabenmodell: Das Präsidium unterstreicht seine Forderung, die Schwellenwerte für Große und Mittlere kreisangehörige Städte auf 50.000 respektive 20.000 Einwohner zu senken. Ferner begrüßt das Gremium eine Umfrage zur Weiter-

führung der gemeindlichen Funktionalreform durch das NRW-Innenministerium. Sollte diese nicht zustande kommen, werde der NWStGB selbst eine Umfrage durchführen.

Datenschutz: Das Präsidium begrüßt die Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie durch ein novelliertes Datenschutzgesetz NRW, vor allem da für neue technische Gegebenheiten Regeln geschaffen würden. Allerdings spricht sich das Gremium gegen die Einführung zusätzlicher Standards aus, weil dadurch höhere Kosten entstünden und in die Organisationshoheit der Kommunen eingegriffen würde.

Landesbauordnung NRW: Das Präsidium begrüßt den Abbau von Genehmigungsverfahren durch die neue Landesbauordnung, auch wenn eine Novellierung nicht grundsätzlich für nötig erachtet wird. Der Erhalt der Stellplatzpflicht bei Neubauten ist im Sinne des Gremiums. Allerdings spricht sich das Präsidium gegen den Erlass staatlicher Stellplatzrichtlinien aus. Dazu seien Architekten, Bauwirtschaft und Kommunen selbst in der Lage.

Behinderte: Das Präsidium votiert dafür, das Rehabilitations- und Schwerbehindertenrecht in einem Sozialgesetzbuch IX zusammenzufassen. Gleichzeitig sollen diskriminierende Bestimmungen geändert werden. Allerdings dürfe dabei die Reihenfolge der Zahlungspflichtigen nicht in der Weise geändert werden, daß am Ende die Kommunen an die Behinderten mehr Sozialhilfe zahlen müßten.

Beschilderung: Das Präsidium empfiehlt den Kommunen, ihren Bestand an Straßenschildern zu einem innerörtlichen Leitsystem auszubauen. Das Land

wird aufgefordert, die Bestimmungen zu Straßenschildern auf ein Mindestmaß zu reduzieren, damit für lokale Beschilderung noch Gestaltungsfreiheit bleibt. Zustimmung findet das Anliegen des Landes, durch landesweite Weg-Markierungen den Radverkehr zu fördern. Die Investitionen müßten vom Land bezahlt werden, die Kommunen kämen für die Unterhaltung der Schilder auf, so das Präsidium.

Bürgermeister: Das Präsidium spricht sich für eine Nachwahl durch die Wähler und Wählerinnen aus, falls ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin vorzeitig aus dem Amt scheidet. Ferner fordert das Gremium, die Amtszeit auf acht Jahre (derzeit fünf Jahre) zu verlängern. Außerdem müßten dem Verwaltungschef gegenüber dem Rat mehr Personalbefugnisse eingeräumt werden. Das Präsidium spricht sich für eine Harmonisierung des Bürgermeister-Stimmrechts im Rat aus, wie sie in den Gesetzentwürfen der Landtagsfraktionen vorgesehen ist.

Bürgerbeteiligung: Eine zwingend abzuhaltende Einwohnerversammlung lehnt das Präsidium ab. Dafür hält das Gremium die Differenzierung und Absenkung der Quoren (Mindestbeteiligung) bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden für unbedenklich.

Ratsmitglieder: Das Präsidium begrüßt den Wegfall der 5-Prozent-Klausel bei Bezirksausschüssen als Folge des Verfassungsgerichtshof-Urteils. Ebenso spricht sich das Gremium dafür aus, fraktionslose Ratsmitglieder sowie Vertreter von betroffenen Personengruppen zu Ratsausschüssen zuzulassen (ausgenommen: Pflichtausschüsse). ●



Neue Runde im EU-Förderkarussell

Auch in der neuen EU-Förderperiode werden Fördermittel in die Kommunen und Regionen von Nordrhein-Westfalen fließen.

Mit dem Jahreswechsel hat die neue, durch die Agenda 2000 reformierte Förderperiode der Europäischen Union (EU) für die Jahre 2000 bis 2006 begonnen. Insgesamt wurde

der gesamte Förderapparat, wie seit längerem von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, gestrafft und dezentralisiert. Für die Städte und Gemein-

den stellt sich die Frage: Stehen EU-Mittel für regionale und lokale Standort-, Struktur-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Verfügung?

Die EU verfolgt das Ziel, Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union abzubauen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten zu stärken. Dazu sollen vor allem die von der Union im Rahmen ihrer Strukturpolitik geschaffenen Förderinstrumente - Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen - beitragen.

Die EU verfolgt das Ziel, Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union abzubauen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten zu stärken. Dazu sollen vor allem die von der Union im Rahmen ihrer Strukturpolitik geschaffenen Förderinstrumente - Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen - beitragen.

■ DIE STRUKTURFONDS

Um die Mittel aus den Strukturfonds so wirksam wie möglich einzusetzen, wurde beschlossen, ihre Verwendung durch Verringerung der vorrangigen Ziele von bisher sieben auf drei zu konzentrieren. Dabei dient Ziel 1 der Entwicklung der ärmsten Regionen der Europäischen Union, zu denen Nordrhein-Westfalen nach Festlegung der förderungswürdigen Gebiete durch die Union nicht gehört. Einbezogen sind in Deutschland allein die östlichen Bundesländer.

Ziel 2 verfolgt die wirtschaftliche und soziale Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen. Innerhalb Nordrhein-Westfalens erfüllen nur ausgesuchte Gebiete die strengen Kriterien der Strukturfonds-

ordnung für Ziel-2-Gebiete. Dazu gehören Duisburg, Krefeld, Oberhausen, Gelsenkirchen, Dortmund und Herne, die durch besonders hohe Arbeitslosenzahlen auffallen. Ferner werden Städte und Gemeinden berücksichtigt, die in den kommenden Jahren unter den Folgen von Zerschließungen und dem Strukturwandel in der Stahlindustrie zu leiden haben. Das sind zum einen Teile des Ruhrgebiets und zum anderen voraussichtlich Städte und Gemeinden des Kreises Heinsberg.

Ziel 3, für dessen Verwirklichung ausschließlich der Europäische Sozialfonds (ESF) eingesetzt wird, verfolgt die Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik und -systeme. Dies geschieht unabhängig von der Festlegung bestimmter förderungswürdiger Regionen, so daß hiervon Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ebenfalls profitieren können.

■ DIE GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN

Gemeinschaftsinitiativen sind strukturpolitische Instrumente, die die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten für Aktionen vorschlägt, die zur Lösung von Problemen mit besonderer Bedeutung für die Gemeinschaft beitragen, wobei sie aus den Strukturfonds finanziert werden

Statt dreizehn wird es künftig nur noch vier Gemeinschaftsinitiativen geben, für deren Fi-



Foto: Lehrer

Ländliche, gering bevölkerte Gebiete wie die Eifel werden im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER von der Europäischen Union gefördert

nanzierung 5,35 Prozent der Gesamtausstattung beziehungsweise 10,442 Mrd. Euro bestimmt sind. Deutschland erhält hiervon für Programme im Rahmen von Gemeinschaftsinitiativen insgesamt 1,608 Mrd. Euro.

Ein Hauptziel der Gemeinschaftsinitiativen ist es, den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen zu fördern. Um dies zu gewährleisten, soll für jede Initiative ein europäisches Kommunikationsnetz errichtet werden. Zur Finanzierung dieser Netze werden von der Gesamtausstattung feste Beträge von insgesamt 105 Mio. Euro einbehalten.

■ INITIATIVE EQUAL

EQUAL ist eine Initiative zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, die sich aus Mitteln des ESF finanziert. EQUAL will einen Arbeitsmarkt schaffen, der allen offensteht, und zu diesem Zweck neue Umsetzungsmodalitäten erproben, vorbildliche Verfahren herausstellen und für weite Verbreitung der Ergebnisse sorgen. Diese sollen nutzbar gemacht werden, um die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen.

Insgesamt stehen dafür 2,847 Mrd. Euro zur Verfügung. Auf Deutschland entfallen 484 Mio. Euro. Grundsätzlich beschränkt sich diese Initiative nicht auf Gebiete, die die EU für besonders förderungswürdig hält. Mittel können also durch Gemeinden in ganz Nordrhein-Westfalen beantragt werden.

Um die mit der Initiative verfolgten Ziele verwirklichen zu können, sollen von den Mitgliedstaaten einzelne Projekte im Vorfeld ausgewählt werden. Dazu gehört die Konzentration auf ein Gebiet, das entweder geographisch bestimmt ist oder sektoral, sprich innerhalb eines spezifischen Wirtschaftsbereiches liegt.

KOMMUNEN SOLLTEN FRÜHZEITIG HANDELN

Die Gemeinschaftsinitiativen schließen sich nicht mehr gegenseitig aus. Regionen und Netzwerke sollten sich von der geringen zulässigen Teilnehmerzahl insbesondere bei LEADER und URBAN nicht davon abhalten lassen, Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Die vorzugsweise Behandlung von Kooperationen mit Partnern in anderen Staaten weist regelmäßig den Weg in die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III.

Insgesamt gibt das langsame Anlaufen der Förderperiode 2000 bis 2006 interessierten Regionen, Unternehmen und weiteren Partnern die Möglichkeit, sich frühzeitig auf die Antragstellung vorzubereiten. Damit kann dem häufig bei der EU-Strukturförderung kritisierten Umstand begegnet werden, daß die Fristen zu europäischen Ausschreibungen gerade für Räume außerhalb der Ballungsgebiete für eine aussichtsreiche Antragstellung vielfach zu kurz sind.

Über die Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative und die Abwicklung der Förderverfahren gibt es derzeit nur vage Vorstellungen. Es ist nicht einmal absehbar, ob und in welcher Form sie über die Länder abgewickelt wird, oder ob die Zuständigkeit beim Bund angesiedelt sein wird.

Es ist davon auszugehen, daß das Land Nordrhein-Westfalen eigene Mittel für EQUAL nur zur Verfügung stellt, wenn die Umsetzung der ESF-Mittel über das Land erfolgt. Bei einer zentralen Umsetzung durch den Bund ist die Bereitschaft des Landes eher als gering einzuschätzen. Derzeit spricht vieles dafür, daß die Initiative EQUAL im Jahr 2000 noch nicht umgesetzt werden kann.

INITIATIVE LEADER

Die Initiative LEADER will über die Tätigkeit lokaler Aktionsgruppen die Entwicklung des ländlichen Raumes fördern. Problemen wie steigender Arbeitslosigkeit durch Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, Vergreisung durch Abwanderung der Jugend und unzureichender Infrastruktur soll durch innovative Ansätze begegnet werden.

Die im Rahmen von LEADER+ förderfähigen Aktionen müssen daher Pilotcharakter haben, und - um größtmögliche Effizienz zu gewährleisten - ein relativ kleines Gebiet betreffen. Gemeint sind Gebiete, deren Bevölkerung 100.000 nicht überschreitet und im Regelfall 20.000 Einwohner nicht unterschreitet. Für Nordrhein-Westfalen sind im Rahmen dieser Initiative 12,5 Mio. DM vorgesehen.

Damit können zwei, maximal drei Aktionsgruppen gefördert werden. Diese müssen unter einem gebietsbezogenen integrierten Ansatz einen gemeinsamen Entwicklungsplan erstellen und vorlegen. Die Aktionen sollten unter ein Schwerpunktthema, beispielsweise „Kultur“, „Wasser“ oder „regionale Vermarktung“ gestellt werden.

Die öffentliche Ausschreibung des Landes, mit der die Aktionsgruppen festgestellt werden sollen, wird im Spätsommer diesen Jahres erfolgen. Im Herbst soll über die zu fördernden Gruppen entschieden werden.

INITIATIVE INTERREG

Gegenüber der abgelaufenen Förderperiode umfaßt die Initiative INTERREG III einen zusätzlichen Förderbereich für die interregionale Zusammenarbeit. Sie zielt dar-

auf ab, die Politik für Regionalentwicklung, namentlich für Regionen mit Entwicklungsrückstand und solche im Strukturwandel, durch Vernetzung effizienter zu machen.

Dabei werden vor allem Regionen angesprochen, die zwar nicht benachbart sind, aber sozialökonomisch ähnliche Strukturen aufweisen und somit an einem Erfahrungsaustausch interessiert sein könnten (INTERREG III C). Ähnliche Aktionen wurden in den vergangenen Jahren durch die Programme „Recite“ und „Ecos-Ouverture“ unterstützt.

Nach wie vor geht jedoch mehr als die Hälfte des Budgets von 4,875 Mrd. Euro an die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Grenzgebieten innerhalb der Union oder in Grenzgebieten angrenzender Nichtmitgliedstaaten (INTERREG III A). Innerhalb Nordrhein-Westfalens kommen die Gebiete entlang der niederländischen Grenze in Betracht.

Ferner wird auch die 1996 eingeleitete transnationale Zusammenarbeit fortgeführt, um die Beteiligung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden an der nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung von insgesamt elf europäischen Großräumen zu verbessern (INTERREG III B).

Im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit ist das gesamte Gebiet der EU

sowie die angrenzenden Gebiete förderfähig. Nordrhein-Westfalen gehört dabei zum Großraum Nordwesteuropa. Von den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln erhält Deutschland 737 Mio. Euro.

Zur Umsetzung des Förderverfahrens werden neue Förderstrukturen aufzubauen sein. INTERREG III A wird dabei weiterhin über die Büros der Euregios abgewickelt. In den Großräumen werden aber für die Bearbeitung der Anträge nach INTERREG III B/C Sekretariate und ihnen zugewiesene Lenkungs Ausschüsse eingerichtet.

Im Großraum Nordwest-Europa ist noch keine Entscheidung über Standort und Ausstattung eines solchen Sekretariats getroffen worden. Auch das Programm zur konkreten Umsetzung der Förderung muß noch erarbeitet werden. Nach dem derzeitigen Zeitplan soll es ab Sommer möglich sein, Anträge zu stellen. Bereits jetzt sollten sich daher Partner für Netzwerke zusammenschließen und gemeinsam Projekte erarbeiten.

Als thematische Schwerpunkte kommen die aus den Leitlinien der EU in Betracht: Forschung, Technologie, kleinere und mittlere Unternehmen, Tourismus, Kultur, Umwelt und Beschäftigung. Vorrangig werden Netzwerke gefördert, in denen Partnerregionen aus den Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten sowie den osteuropäischen Regionen mitarbeiten. Auch die Bereitschaft zu einer 50-Prozent-Kofinanzierung führt zur bevorzugten Behandlung der Anträge. Je größer die Anzahl der Partner in einem Netzwerk ist, auf desto mehr Schultern wird die Kostenbelastung verteilt.

INITIATIVE URBAN

Die Initiative URBAN verfolgt zwei Ziele: Förderung von innovativen Strategien für wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung von kleineren und mittleren Städten oder von heruntergekommenen Stadtvierteln in größeren Städten sowie den Austausch von Know-how und Erfahrungen in Bezug auf eine nachhaltige Stadterneuerung und -entwicklung in der Europäischen Union. Mit insgesamt 700 Mio. Euro ist dies die Initiative mit dem kleinsten Budget.

Die Mittel, die der Initiative zur Verfügung stehen, sollen auf eine beschränkte Zahl von Städten konzentriert werden, um einen möglichst großen Effekt vor Ort zu erzielen. In NRW wird allenfalls eine Stadt Aussicht auf Förderung durch diese Initiative haben. ●



Jahr-2000-Fähigkeit von Software

1. Die Jahr-2000-Fähigkeit von Software ist nach den Umständen nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte vereinbart, auch wenn eine ausdrückliche Vereinbarung fehlt.

2. Die Beklagte kann sich nicht darauf berufen, daß das von ihr gefertigte Programm (ohne Jahr-2000-Fähigkeit) den anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses entsprach (nichtamtliche Leitsätze).

LG Leipzig, Urt. v. 16.06.1999 - Az.: 03 O 2479/99

Die Kläger begehren Nachbesserungsarbeiten aus einem Werkvertrag. Sie schlossen 1993 einen Vertrag, in welchem sich die Beklagte zur Errichtung einer MSR-Technik (Messen, Steuerung, Regelung) in dem von der Klägerseite zu erstellenden Bauwerk verpflichtete. Die Abnahme der Anlage erfolgte im März 1994. Das Betriebssystem und die Anwenderprogramme der MSR-Technik waren nicht auf den Jahrtausend-sprung vorbereitet, so daß es nach dem Daten-sprung ohne Nachbesserung zu Fehlfunktionen gekommen wäre.

Die Kläger sind der Ansicht, die Jahr-2000-Fähigkeit sei vertraglich stillschweigend vorausgesetzt worden, da eine über 5 Jahre dauernde Programmnutzung Geschäftsgrundlage geworden sei. Bei einer kompletten Haussteuerung müsse man nicht damit rechnen, daß diese nach 5 1/2 Jahren völlig unbrauchbar werde.

Das Gericht gab der Klage statt und sprach einen Anspruch auf Nachbesserung aus § 13 Nr. 5 VOB/B zu. Die Jahr-2000-Fähigkeit sei zwar nicht ausdrücklich vereinbart gewesen. Diese Vereinbarung ergebe sich jedoch aus den Umständen, da die Kläger vorliegend die Jahr-2000-Fähigkeit der erworbenen Software erwarten durften. Relevant für die stillschweigende Vereinbarung sei die übliche Nutzungsdauer der Software, der Vertragszweck und auch das Projektvolumen. Die im vorliegenden Fall in Rede stehende Haustechnik sei mit enormen Anschaffungskosten verbunden und solle typischerweise über einen längeren Zeitraum genutzt werden, und zwar erkennbar auch über das Jahr 2000 hinaus. Dies sei jedoch nur möglich, wenn das Programm Jahr-2000-fähig ist.

Peer Steinbrück

(SPD) ist neuer Minister für Finanzen im Kabinett von Ministerpräsident Wolfgang Clement. Er trat die Nachfolge von Heinz Schluëßer an, der wegen Vorwürfen im Zusammenhang



mit Dienstreisen sein Amt niedergelegt hatte. Der gelernte Diplomvolkswirt begann seine Laufbahn Mitte der 70-er Jahre im Bundesbauministerium. 1977 bis 1978 war er Persönlicher Referent der Bundesminister Hans Matthöfer und Volker Hauff. Dann wechselte er in das Bundeskanzleramt und in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nach Ost-Berlin. Nach seiner Tätigkeit als Persönlicher Referent von Bundesforschungsminister Bülow war Steinbrück von 1983 bis 1985 Umweltschutzreferent der SPD-Bundestagsfraktion, wechselte dann als Grundsatzreferent ins NRW-Umweltministerium. Von 1986 bis 1990 leitete er das Büro von Ministerpräsident Johannes Rau. 1990 ging er nach Schleswig-Holstein, zunächst als Staatssekretär im Umweltministerium und später im Wirtschaftsministerium, das er von 1993 bis 1998 leitete. Im Oktober 1998 holte ihn Clement als Wirtschaftsminister nach Nordrhein-Westfalen zurück.

Ernst Schwanhold (SPD) führt seit Februar das Wirtschafts- und Verkehrsministerium in der NRW-Landesregierung von Ministerpräsident Wolfgang Clement. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion hat die Aufgabe in Düsseldorf übernommen, weil sein Amtsvorgänger Peer Steinbrück in das NRW-Finanzministerium gewechselt ist. Der gelernte Laborant und Chemie-Ingenieur Schwanhold zog 1990 für den Wahlkreis Osnabrück in den Deutschen Bundestag ein. Dort war er Vorsitzender der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ sowie von 1995 bis 1998 wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.



Bernhard Lahme, Bürgermeister der Stadt Hörstel im Kreis Steinfurt, ist Ende Januar im Alter von 54 Jahren an einem Krebsleiden gestorben. Der gelernte Verwaltungsfachmann war zunächst drei Jahre Verwaltungschef in der Stadt Marienmünster im Kreis Höxter gewesen, bevor er 1984 in der Stadt Hörstel das Amt des Stadtdirektors übernahm. Dort wurde er im September 1999 zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister gewählt.

IMPRESSUM

STÄDTE UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER

Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund
Kaiserswerther Straße 199/201
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/45 87-1
Fax 02 11/45 87-211

HAUPTSCHRIFTLLEITUNG

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Friedrich Wilhelm Heinrichs

REDAKTION

Pressesprecher Martin Lehrer M. A.
Telefon 02 11/45 87-2 30

ANZEIGENABWICKLUNG

Krammer Verlag Düsseldorf AG
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf
Telefon 02 11/91 49-4 03
Fax 02 11/91 49-4 50

LAYOUT

Krammer Verlag Düsseldorf AG

DRUCK

Druckservice H. Schübel
Theodor-Heuss-Straße 15
45711 Datteln

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 9,- DM. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 96,- DM. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199/201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106



THEMENSCHWERPUNKT
APRIL Wald